



aktuell actuel

Monatszeitschrift des OGB-L - Januar 2003 - N°1



5^e journée syndicale
de l'OGB-L



Election de la délégation du personnel
à la BGL-Fortis le 12 février 2003

Sommaire

Inhalt



4



Editorial

"Zesummen d'Zukunft sécheren"

6



5. Gewerkschaftstag

"Für eine solidarische Gesellschaft, für mehr Demokratie in der Arbeitswelt, für eine gerechte Umverteilung"

10



Treffen mit der Regierung

Artikel 442-1. wird umgeschrieben

11



Konkurse 2002

Die Spirale dreht weiter

12



Krieg ist keine Lösung

Überregionale Demonstration am 15. Februar

14



Wahlen bei der BGL-Fortis

Die Kandidaten

17



Travailleurs handicapés

Liste des revendications 2003

20



Accord de synergie

avec le Syndicat des Pharmaciens sans Officine

WAHLEN FIR D'PERSONALDELEGATIOUN BEI DER BGL

ET GEET ELO
GUDD...

DRËM,

... BESSER

...ARBECHTSKONDITIONEN ZE SECHEREN

... A NET JUST
STËMMEN ZE FÄNKEN

NET MAT EIS
DAAT DO!

OGBL

A VIRUN ALLEM
ARBECHTSPLATZEN
ZE SECHEREN.

DEI NEI RESOLUTIOUN VUM OGBL, DE 24.1.2003 FIR ENG
SOLIDARESCH GESELLSCHAFT AN ARBECHTSWELT...

PLACÉIERT ÄR SUEN EMOL
A MËNSCHLECH WERTER!

ACHNEIDER



“Zesammen d'Zukunft sécheren”

... unter diesem Motto stand nicht nur der OGB♦L-Gewerkschaftstag vom 24. Januar 2003, sondern läuft auch unsere gleichzeitig gestartete Kampagne für die Sozialwahlen am 12. November dieses Jahres.

Die beeindruckende Kulisse des Gewerkschaftstages, die Präsenz von über 600 Delegierten, Frauen und Männern aus allen Strukturen der Organisation, unterstrich demonstrativ die Solidarität und Stärke des OGB♦L. Diese Frauen und Männer, welche die fast 53.000 OGB♦L-Mitglieder vertreten, sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Die Tagesordnung des Gewerkschaftstages war der Aktualität angepasst: ohne zu polemisieren wurde sich mit aktuellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen auseinandergesetzt. Vor dem Hintergrund einer schwierigeren wirtschaftlichen Zeit und im Kontext der Entwicklungen in Europa und weltweit, bezogen illustre Gäste Stellung zu diesen Themen. Für den OGB♦L war es die Gelegenheit zu unterstreichen, dass er sich auch über den Gewerkschaftstag hinaus, mit wichtigen, ja lebenswichtigen, Fragen auseinandersetzt, die das Land und die Leute betreffen.

Eine solidarische Gesellschaft

Ein anderer Grundton des Gewerkschaftstages war unser permanenter Einsatz für eine solidarische Gesellschaft, die auf mehr Demokratie in der Arbeitswelt, auf eine gerechte Umverteilung des geschaffenen Reichtums, auf den gegenseitigen Respekt und Chancengleichheit aufgebaut ist.

Unter dem Eindruck der Arcelor-Beschlüsse, mehrere Hochöfen stillzulegen, des Euromotor-Konkurses oder des arroganten - aber vom OGB♦L vereitelten - Versuches der SES Astra-Mächtigen, 32 Mitarbeiter heimlich, still und leise zu entlassen, konkretisierte sich für die Teilnehmer des Gewerkschaftstages, das, was man unsolidarische Betriebskultur, Wahn der Mondialisierung oder Profitstreben nennt.

Der OGB♦L wird in Luxemburg die Modernisierung der so genannten Gewerkschaftsgesetze voran treiben und auf eine baldige Verabschiedung des neuen Kollektivvertragsgesetzes drängen. Wir haben dem Arbeitsminister in diesem Zusammenhang erneut unsere volle Unterstützung zugesagt.

Spitzentreffen mit der Regierung

Das vom OGB♦L seit langem beantragte Treffen mit der Regierung fand schließlich am 27. Januar statt: Konstruktiv und informativ beinhaltete es auch konkrete Zusagen. Lob vom Staatsminister gab es für den OGB♦L für seine positive, wenn auch kritische Mitarbeit und Mitverantwortung auf vielen Ebenen. Natürlich wurden im Rahmen dieses Gesprächs alle Themen behandelt, die auch in den Resolutionen des Gewerkschaftstages verabschiedet wurden. Die bestehenden Probleme werden in den nächsten Wochen in bilateralen Gesprächen mit den Ressortministern diskutiert.

Im Mittelpunkt des Treffens stand aber die wirtschaftliche und soziale Situation des Lan-



John Castegnaro
Präsident

des, sowie die von der Regierung vorgesehene Verschärfung des Artikels 442-1 des Strafgesetzbuches. Regierung und OGB♦L waren sich einig, dass es zur Zeit keine restriktive Budgetpolitik geben darf und dass die zwei großen Steuerreformen rechtzeitig durchgeführt wurden. Einigkeit bestand auch über die Bedeutung der Tripartite, sowohl die der nationalen als auch der Stahldreierkonferenz. Darum gilt es diese Instrumente intakt zu erhalten. Die Vertrauensbasis auf höchster Ebene ist der Garant dafür, dass auch in schwierigeren Zeiten die Verteidigung der Interessen des Landes und besonders der Menschen, die hier arbeiten und leben gewährleistet bleibt.

Der OGB♦L ist und bleibt ein verlässlicher Partner, der Dank seiner Stärke ein einflußreicher und respektierter Vertreter der Schaffenden ist, und dies nicht nur in der Tripartite.

Dynamischer OGB♦L

Fast 53.000 Mitglieder; Unterzeichnung eines Synergieabkommens mit den angestellten Apothekern, Universitätsabsolventen, die dem OGB♦L die Aushandlung eines Kollektivvertrages anvertraut und ihn mit der Verteidigung ihrer Interessen beauftragt haben; Erfolg im Gespräch mit der Regierung.

Diese teilt die Befürchtung des OGB♦L, dass durch die Verschärfung des Strafgesetzbuches, das Risiko einer wesentlichen Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheiten und -aktionsmöglichkeiten besteht. Der Staatsminister bot persönlich die Umschreibung des kritisierten Artikels 442-1. an, um die Freihei-

ten zu garantieren. Der OGB♦L hatte in dieser Sache bereits im November 2002 kritisch und ablehnend beim Justizminister interveniert und die Initiative zur Gründung eines Aktionskomitees angemeldet.

12. Februar: Delegationswahlen bei der BGL

Der Finanzplatz bleibt für unser Land, auch nach den Brüsseler Beschlüssen, der wichtigste Pfeiler unserer Wirtschaft. Es gilt jetzt den neuen Herausforderungen positiv zu begegnen und die Zukunft vorzubereiten. Das Potential an hochqualifiziertem Personal stellt ein enormes, menschliches Kapital dar, das durchaus in der Lage ist, den Stellenwert des Bankplatzes abzusichern. Der OGB♦L hat in dem Sinn bei der Regierung und der ABBL interveniert.

Hier ist vor allem Ruhe angesagt, um die Zukunft ernsthaft vorzubereiten, gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem Personal als gleichberechtigte und interessierte Partner. Darum ist die Delegationswahl vom 12. Februar 2003 bei der BGL/Fortis von größter Bedeutung. In der langjährigen Tradition der OGB♦L Delegierten sind die 36 Frauen und Männer auf der OGB♦L-Liste die bestmöglichen Interessenvertreter der Belegschaft. Ihre Nähe zum Personal, zu den verschiedenen Funktionsgruppen, zu jedem Einzelnen, garantiert eine optimale Interessenvertretung. Bonne chance!



5. Gewerkschaftstag des OGB♦L am 24.1.2003

Gemeinsam die Zukunft sichern Für eine Fortdauer der Solidarität und gegen den Krieg

Mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis gegen den, von der US-Regierung angestrebten, Irak-Krieg eröffnete Präsident John Castegnaro den fünften Gewerkschaftstag des OGB♦L. Diese Tagung, die satzungsgemäß mindestens einmal zwischen zwei ordentlichen Nationalkongressen stattfinden muss, stand dieses Mal unter dem Motto: "Zesummen d'Zukunft sécheren".

Vor den gut gefüllten Rängen des Hémicycle nahm John Castegnaro, das böse Rumsfeld-Wort vom "**alten Europa**" auf und betonte, dass er und damit der OGB♦L, gerne zu einem alten Europa mit seiner Tradition des sozialen Ausgleichs, ohne Turbokapitalismus, gehöre. Er listete eine ganze Reihe von Argumenten gegen das Führen eines Irak-Krieges auf. Würde man dagegen die dafür notwendigen Milliarden in die Armutsbekämpfung investieren, sei es möglich dem internationalen Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Unter großem Beifall kündigte er die Planung einer internationalen Friedenskundgebung unter Beteiligung der Gewerkschaften aus den Nachbarländern an. Ein Krieg bedeute das Ausbrechen von menschlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Katastrophen, so Castegnaro.

Aus Gewerkschaftssicht haben die Milliarden-Pleiten verschiedener Multis ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet, Arbeitsplätze vernichtet und Menschen in Armut gestürzt.

Auch die Globalisierung müsse nach demokratischen Spielregeln ablaufen, gerade habe die Weltarbeitsorganisation in Genf mitgeteilt, dass im Augenblick 180 Millionen Menschen weltweit arbeitslos sind. Auf Europa bezogen, meinte er, dass die Privatisierungen zu weit fortgeschritten seien, es interessiere die einfachen Leute nicht, ob die EU die Nummer 1 oder 2 in der Welt sei.

Der OGB♦L trete weiterhin für eine "**solidarische Gesellschaft**" ein, der es in Luxemburg gelungen sei, das Rentensystem zu verbessern und gleichzeitig abzusichern. Er sprach sich gegen eine Privatisierung der Renten aus, schließlich habe jeder Pensionär für seine Pension gearbeitet, daher habe auch jeder das Recht auf eine anständige Pension. Die Gewerkschaft verlange einen Ausbau der innerbetrieblichen Demokratie, mehr Mitspracherecht und einen besseren Kün-



digungsschutz für Personalvertreter. Es reiche nicht aus, dass der Sozialdialog auf höchstem Niveau bestens funktioniere, er müsse auch bis in den kleinsten Unternehmerverband geführt werden. Die Probleme des Landes könnten im Dialog und im Konsens mit Sicherheit gelöst werden.

Ausführlich befasste sich CASTEGNARO mit der Beschäftigungssituation im Großherzogtum, angesichts von 700 Konkursen im letzten Jahr mahnte er dringend politisches Handeln an. Er sprach sich gegen alle Maßnahmen wie Outsourcing oder Leiharbeit aus, die die Stammbeschäftigten gefährden. Das wahre Kapital seien die Menschen, die hier arbeiten – Luxemburger, Ausländer und Grenzgänger.

Die Gastredner

Nach dem Präsidenten des OGB♦L, der anschließend zu einer Aufsichtsratssitzung von ARCELOR eilte, schilderte Wirtschaftsminister Henri Grethen die gesamtwirtschaftliche Situation und daraus resultierende Vorgehensweisen aus der Sicht der politischen Entscheidungsträger. Im Nachfolgenden ein paar Auszüge daraus :

Der Schlüssel zum Erfolg des Landes sei das "Luxemburger Modell", das in den letzten 15 Jahren dazu beigetragen habe eine in der EU unvergleichliche Erfolgsgeschichte zu schreiben. Die Basis dieses Aufschwungs wurde in der damaligen Krise der Stahlindustrie gelegt. Die heutige internationale Ver-

5. Gewerkschaftstag des OGB♦L am 24.1.2003



flechtung führe dazu, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Vorgaben schnell durch weltweite Einflüsse verändern können. Er wolle aber in Erinnerung rufen, dass der Luxemburgische Markt zum einen der offenste in der EU und zum anderen der mit den höchsten ausländischen Direktinvestitionen sei. Zwar hänge das Land von der äußeren Konjunktur Entwicklung ab, dies sei aber kein unabwendbares Schicksal. Den Vorwurf der EU-Kommission, Luxemburg habe ein Reformdefizit verneinte er, man könne eine Wirtschaft nicht auf Grund einer ad hoc Situation begutachten.

Das Leitmotiv der Regierung sei daher die **„nachhaltige Entwicklung“**, deren Basis eine umfassende wirtschaftliche Abstimmung sein müsse. Als Aufgaben der Beschäftigungspolitik nannte der Minister, den Kampf gegen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, sowie die Steigerung des Beschäftigungsrate bei Frauen, Älteren und Behinderten.

Der Schwerpunkt des Beitrags von Wirtschaftsminister Grethen lag in der Betonung der Bedeutung von Forschung und Entwicklung, dazu gehörten die Schaffung der Universität Luxemburg, Investitionen in die Fortbildung der Beschäftigten, eine Bildungsreform und nicht zuletzt den Bau moderner Schuleinrichtungen. Den Gewerkschaftern gegenüber, zeigte er auch die Vorteile der, gern gescholtenen, Liberalisierung, am Beispiel der gesunkenen Telekommunikationskosten, auf. Zu den weiteren Gastrednern des Vormittags gehörten Zentralbankchef Yves Mersch, der verschiedene volkswirtschaftliche Zusammenhänge erläuterte, und die belgische Gewerkschaftlerin Mia de Vits, Präsidentin der FGTB, die über gewerkschaftliche Alternativen sprach.

Die Forderungen des OGB♦L

Im Entwurf seiner so genannten Tagesresolutionen tritt der OGB♦L für eine Reihe von Forderungen ein, dazu gehören u.a. die Reform des Gesetzes über den Kollektivvertrag (das derzeitige Projekt wird ausdrücklich begrüßt); die Verbesserung der Position der Arbeitnehmervertreter in den Betrie-

ben, d.h. erweiterte Mitbestimmungsrechte; die Verlängerung der PAN-Gesetze, mit weiteren Beschäftigungsmaßnahmen, Verlängerung des Erziehungsurlaubs und der Einführung einer 6. Urlaubswoche; ein Rahmengesetz zur Legalisierung der 35 Stunden Woche usw.

Im Resolutionsentwurf steht aber auch bei den neuen Arbeitsformen z.B. Telearbeit, ein Satz der nachdenken lässt: **„... muss das erklärte Ziel der Gewerkschaften sein, die Flexibilität (...) mit allen Mitteln zu verhindern.“**

Sozialdialog

Der Nachmittag stand unter dem Motto **„Die Zukunft der sozialen Beziehungen und des Sozialdialogs in Luxemburg“**. Neben den OGB♦L-Abteilungsleitern Alain Kinn und André Roeltgen, referierte der Geschäftsführer der UEL, Pierre Bley, über die Sicht der Arbeitgeber. Hier nur ein Beispiel für die unterschiedlichen Sichtweisen wiedergegeben: Während die UEL die anfallende Zeit für den Sozialdialog mit 4,5 bis 10 Stunden je Arbeitnehmer und Jahr als erschreckend hoch ansieht (insgesamt 280000 bei allen Betrieben mit mehr als 450 Mitarbeitern), meinte die Gewerkschaftsseite diese Stunden seien keineswegs ausreichend: Die Arbeitgeber **„... könnten bei den Consulting-Firmen sparen, wenn die mehr mit ihren Arbeitern reden würden!“**

Arbeitsminister François Biltgen schätzte seinen Kontakt zu den Gewerkschaftern als gut ein, auch könne er eine ziemlich positive Zwischenbilanz vorweisen, etwa mit dem Gesetz über die Sonntagszuschläge oder dem HoResCaGesetz. Der Kampf gegen Sozialdumping und Ausbeutung sei bei ihm gut aufgehoben.

Für die Zukunft sollen Beschäftigungsmaßnahmen, wie OPE, eine gesetzliche Basis erhalten, inklusive der Möglichkeit **„nicht vermittelbare“** Arbeitnehmer auf Dauer zu beschäftigen. Ein neues Arbeitsrechtsgesetz sei ebenso in der Vorbereitung, wie eine Reform der Gewerbeinspektion. Auch die angemahnten Mitbestimmungsgesetze von 1974 und 1979 würden überarbeitet.

Patrick Welter
„Journal“

Geschäftsführender Vorstand erweitert

Nico Clement, Alain Kinn, Danièle Nieves, Carlos Pereira und André Roeltgen wurden als zusätzliche Mitglieder in den geschäftsführenden Vorstand aufgenommen.

5. Gewerkschaftstag des OGB♦L am 24.1.2003



Gastredner Henri Grethen...

Resolution

"Für eine solidarische Gesellschaft, für mehr Demokratie in der Arbeitswelt, für eine gerechte Umverteilung des geschaffenen Reichtums!"

- ♦ Kontinuierliche Einkommens- und Sozialpolitik anstatt Sozialabbau und Austeritätspolitik!
- ♦ Demokratie und Solidarität als Alternative zur zerstörerischen und rein profitorientierten Globalisierungspolitik: eine Chance und Herausforderung für die Europäische Union
- ♦ Vollbeschäftigung bleibt das Ziel des OGB♦L: Arbeitszeitverkürzung wird wieder aktuell!
- ♦ Keine Beschäftigungspolitik auf Kosten der Frauen!
- ♦ Konkurse, Fusionen und Kollektiventlassungen: der Arbeitnehmerschutz muss verbessert werden!
- ♦ Für eine offensive, zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik!
- ♦ Investition in Bildung, Aus- und Weiterbildung muss erste Priorität sein!
- ♦ Für mehr Demokratie in der Arbeitswelt und einen verbesserten Sozialdialog!
- ♦ "Zusammen die Zukunft sichern"

Résolution

"Pour une société solidaire, pour plus de démocratie au travail, pour une redistribution équitale de la richesse produite !"

- ♦ Continuité des politiques salariale et sociale versus réduction des acquis sociaux et politique d'austérité !
- ♦ Démocratie et solidarité : alternatives à une politique de mondialisation destructrice et exclusivement tournée vers le profit : une chance et un défi pour l'Union européenne
- ♦ Le plein-emploi, objectif de l'OGB♦L : la réduction du temps de travail à nouveau d'actualité !
- ♦ Pas de politique de l'emploi aux dépens des femmes !

- ♦ Faillites, fusions et licenciements collectifs : il faut renforcer la protection des travailleurs !
- ♦ Pour une politique économique offensive et orientée vers l'avenir !
- ♦ Priorité des priorités : investir dans la formation et dans la formation continue !
- ♦ Plus de démocratie au travail et un meilleur dialogue social !
- ♦ "Ensemble, assurons l'avenir"

Tagesresolution

"Zesummen d'Zukunft sécheren"

- ♦ Eine kontinuierliche Kollektivvertragspolitik auch im Jahr 2003
- ♦ Reform der Gesetzgebung über Kollektivvertragsverhandlungen, die Vertretung der Arbeitnehmer in den Unternehmen und das Gewerkschaftsrecht: Unterstützung der OGB♦L-Petition
- ♦ Sozialwahlen bei der BGL/Fortis
- ♦ PAN-Gesetz
- ♦ Reform der Konkursgesetzgebung
- ♦ Schaffung einer nationalen Stressberatungsstelle
- ♦ Verschärfung des Artikels 442-1 des Strafgesetzbuches: die gewerkschaftliche Freiheit darf nicht beschnitten werden
- ♦ Nischenpolitik und Situation auf dem Arbeitsmarkt
- ♦ Wirtschaftliche Diversifikation als Antwort auf die aktuellen Schwierigkeiten
- ♦ Bauschuttdeponien: das Problem im Dialog lösen
- ♦ Eine gute Wohnungspolitik für Alle
- ♦ Grenzgänger / Immigrierte

Sozialpolitik

- ♦ Spitalplan
- ♦ Pflegebetten und Pflegeversicherung
- ♦ Unfallversicherung und Invalidengesetzgebung
- ♦ Rententisch 2
- ♦ Krankenkassen
- ♦ Familienzulagen
- ♦ Garantiertes Mindesteinkommen (RMG)



... und François Biltgen

5. Gewerkschaftstag des OGB♦L am 24.1.2003



Résolution d'actualité "Ensemble, assurons l'avenir"

- ◆ Pour la continuité de la politique tarifaire collective en 2003 également
- ◆ Réforme de la législation sur les conventions collectives, la représentation des travailleurs dans les entreprises et le droit syndical : soutenir la pétition de l'OGB♦L
- ◆ Elections sociales chez BGL/Fortis
- ◆ Loi PAN
- ◆ Réforme de la loi sur les faillites
- ◆ Création d'un service national de conseil en matière de stress au travail
- ◆ Renforcement de l'article 442-1 du Code pénal : pas d'entrave à la liberté syndicale
- ◆ Politique de niches et situation sur le marché de l'emploi
- ◆ La diversification économique : une réponse aux difficultés actuelles
- ◆ Décharges de gravats (dépôts de déchets inertes): résoudre le problème par le dialogue
- ◆ Une bonne politique du logement pour tous
- ◆ Frontaliers / immigrés

Politique sociale

- ◆ Plan hospitalier
- ◆ Lits de soins et assurance-dépendance
- ◆ Assurance accident et législation en matière d'invalidité
- ◆ Table ronde sur les pensions 2
- ◆ Caisses de maladie
- ◆ Allocations familiales
- ◆ Revenu minimum garanti (RMG)

*Les textes intégraux sont disponibles sur
le site Internet www.ogb-l.lu
ou sur simple appel téléphonique au 54 05 45-253*

*Die integrale Version der Resolutionen kann auf unserer
Home Page www.ogb-l.lu heruntergeladen
oder unter der Tel. Nr. 54 05 45-253 angefragt werden.*



Treffen der Regierung mit dem OGB♦L

Artikel 442-1. wird umgeschrieben

Am 27. Januar fand ein Spitzengespräch zwischen der Regierung und dem OGB♦L im Finanzministerium statt. Auf der Tagesordnung standen Wirtschafts- und Sozialpolitik und eine befürchtete Einschränkung von Gewerkschaftsfreiheiten.

Bereits am 25. September 2002 angefragt, fand das Treffen zwischen der OGB♦L-Gewerkschaftsführung und einer Regierungsdelegation erst jetzt statt. Große Meinungsverschiedenheiten hat es scheinbar keine gegeben.

Das zumindest lassen die Aussagen von OGB♦L-Präsident John Castegnaro nach dem Treffen schlussfolgern.

So sei die große Bedeutung der Tripartite unterstrichen worden. Dieser Dreierunde aus Gewerkschaftern, Regierung und Patronat, die im vergangenen Jahr ihr 25. Jubiläum feierte, stehe in den kommenden Monaten noch viel Arbeit bevor, so Castegnaro. Dabei unterstrich er die Notwendigkeit einer detaillierten Arbeitsagenda.

Ein weiteres Gesprächsthema war der Gesetzentwurf, der das Strafgesetzbuch durch Artikel 442-1. ergänzen soll. Der Entwurf soll in Zukunft die Besetzung privaten oder öffentlichen Geländes unter Strafe stellen. Er sieht Geldstrafen von 251 bis 25.000€ und Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren vor. Das Projekt war nach der Blockadeaktion von Greenpeace im Oktober 2002 gegen den Ölmulti Esso ausgearbeitet worden.

Als erster habe der OGB♦L sich zum Gesetzentwurf geäußert, unterstrich Castegnaro.

In einem Brief an Justizminister Luc Frieden habe man darauf hingewiesen, dass auch die Aktionsfreiheit der Gewerkschaft-

ten gefährdet sei. Nach der Unterredung scheint der Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung vorerst vom Tisch, auch wenn die Regierung weiterhin an die Einführung eines Passus über „Hausfrieden“ in das Strafgesetzbuch festhält.

Premierminister Jean-Claude Juncker teile die Sorgen des OGB♦L, unterstrich Castegnaro. Nichts werde unternommen, was das Streikrecht einschränken könnte.

Angesichts des Widerstands gegen 442-1., der OGB♦L und am Samstag auch die Grünen haben bereits die Gründung eines Aktionskomitees in Erwägung gezogen, will die Regierung ihren Gesetzentwurf überarbeiten. Auch die Gewerkschaften sollten Vorschläge unterbreiten, wurde dem OGB♦L gesagt. Juncker und Frieden seien bemüht gewesen, die Gewerkschaft zu beruhigen.

Gesprächsthema war schließlich die Mobilisierungskampagne des OGB♦L für bessere Gewerkschaftsrechte und verstärkten Schutz für die Personaldelegierten.

Nach Ansicht des OGB♦L müssten Betriebe, welche die Gesetzgebung über Entlassung umgehen, nachträglich bestraft werden. Genannt wurde dabei RTL, das einen langsamen Arbeitsplatzabbau betreibt.

Dass auch in Sachen Informationsrecht der Arbeitnehmer noch so manches verbessert werden muss, illustrierte Castegnaro am Beispiel des Stahlunternehmens Arcelor.

So sei der europäische Betriebsrat nicht im Vorfeld der Verwaltungsratssitzung am 24. Januar über den geplanten Personalabbau in Lüttich informiert worden.

Lucien Montebusco "tageblatt"



Zur parlamentarischen Debatte im Parlament

Konkurse 2002: Die Spirale dreht weiter

Der OGB♦L begrüßt, dass auf seinen Druck hin, endlich eine parlamentarische Debatte über die Konkurse stattgefunden hat.

Seit Jahren nämlich weist der OGB♦L immer wieder auf die besorgniserregende Entwicklung bei den Konkursen hin, die sich auch im letzten Jahr eindrucksvoll bestätigte.

So beläuft sich die vorläufige Bilanz 2002 (nach dem Rekordjahr 2001 mit 733 Konkursen und 1.669 verlorenen

Arbeitsplätzen) laut den vom OGB♦L gemachten Erhebungen zum 31.12.2002 auf 657 Konkurse und 1243 Betroffene (660 in Luxemburg ansässige Arbeitnehmer sowie 583 Grenzgänger).

Trotz dieser aussagekräftigen Zahlen, tut die Politik sich weiterhin schwer, sich endlich konkret mit den wirklichen Ursachen auseinanderzusetzen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Situation in den Griff zu bekommen.

Dabei darf der Domino-Effekt, der von den angekündigten staatlichen Eintreibungen der Steuer- und TVA-Rückstände, in dem sowieso schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld ausgehen wird, nicht unterschätzt werden.

Wenn nun auch die parlamentarische Debatte ein erster Schritt in die richtige Richtung war, so darf es nicht bei den Worten bleiben, es müssen endlich Taten folgen.

Jahr	Konkurse	Einheimische	Grenzgänger	Betroffene -Total
1993	257	788	585	1373
1994	302	377	390	767
1995	320	342	280	622
1996	370	628	437	1.065
1997	423	688	437	1.125
1998	393	516	459	975
1999	539	444	429	873
2000	591	411	468	879
2001	733	615	1.054	1.669
2002	657	660	583	1.243
Stand: 30. Januar 2003	56	24	30	54

Centrale Régionale Centre Nouveau service d'informations juridiques de l'OGB♦L

- ♦ Vous avez des problèmes de voisinage ?
- ♦ Vous avez un problème avec un contrat de vente relatif à du mobilier, ou d'un immeuble ?
- ♦ Vous avez un problème avec votre crédit ?
- ♦ Vous avez eu un accident de la route et vous ne savez pas à qui vous adresser ?
- ♦ Vous avez besoin d'informations juridiques en ce qui concerne les matières du droit civil, du droit pénal, du droit de famille, etc..?

N'hésitez pas à nous contacter

Ce nouveau service ne fonctionnera que sur rendez-vous à partir du **7 février 2003**

A ces fins, vous pouvez contacter notre centrale régionale du Centre
19 rue d'Epéray à Luxembourg - tél.: 49 60 05-20



Krieg ist keine Lösung!

Der OGB♦L beobachtet, zusammen mit der interregionalen Gewerkschaftsbewegung, mit großer Sorge die Kriegsvorbereitungen gegen den Irak.

Krieg wird als unvermeidbar dargestellt.

Der OGB♦L warnt vor den unkalkulierbaren, politischen und ökonomischen Risiken, die eine militärische Intervention im Irak mit sich bringt und die zur Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens führen können. Darüber hinaus hätte die ohnehin leidgeprüfte irakische Zivilbevölkerung die Hauptlast der kriegerischen Auseinandersetzung zu tragen.

Der Interregionale Gewerkschaftsrat unterstützt alle friedlichen Mittel, die geeignet sind, die Situation der Menschen im Irak zu verbessern, die Einhaltung elementarer Menschenrechte durchzusetzen und mögliche Bedrohungen, die sich aus der Nichteinhaltung internationaler Verpflichtungen ergeben können, abzuwenden.

Der OGB♦L unterstützt alle politischen Bemühungen für eine friedliche Lösung des Konfliktes und alle politischen Verantwortlichen, die sich für eine derartige Lösung stark machen.

La guerre n'est pas une solution!

Ensemble avec le mouvement syndical interrégional, l'OGBL observe avec beaucoup d'inquiétude les préparatifs de guerre contre l'Irak.

La guerre est présentée comme inéluctable.

L'OGBL met en garde devant les risques politiques et économiques incalculables que comporte une intervention militaire en Irak et qui pourrait mener à une déstabilisation de tout le Proche-Orient. En plus, cette guerre se ferait essentiellement au détriment de la population civile irakienne qui d'ores et déjà se trouve dans une situation de misère profonde.

Le Conseil Syndical Interrégional soutient tous les moyens pacifiques qui permettraient d'améliorer la situation des hommes et des femmes de l'Irak, d'imposer le respect des droits de l'homme élémentaires et d'éviter les menaces engendrées par le non-respect de conventions internationales.

L'OGBL appuie tous les efforts politiques visant une solution pacifique du conflit et tous les politiciens qui oeuvrent dans ce but.

Am
15. Februar 2003
findet in Luxemburg eine
**große überregionale
Demonstration
für den Frieden
und gegen den Krieg
im Irak**
statt

**Treffpunkt: 15.00 Uhr
am Hauptbahnhof
Luxemburg**

Le
15 février 2003
aura lieu à Luxembourg
**une grande
manifestation
interrégionale
pour la paix
et contre la guerre
en Irak**

**Rendez-vous: 15h00
Gare centrale
de Luxembourg**

Der OGB♦L ruft alle auf sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

L'OGBL demande à tous de participer à cette manifestation.



Pressemitteilung vom Syndikat Banken und Versicherungen des OGB♦L und der LSAP-Kammerfraktion

Am 14. Januar 2003 traf sich die LSAP-Kammerfraktion, vertreten durch die Abgeordneten Jeannot Krecké und Ben Fayot, sowie den Fraktionsmitarbeitern Etienne Schneider und Gilles Dostert, mit dem Syndikat Banken und Versicherungen des OGB♦L, und einer Delegation der OGB♦L Personalvertreter der Banque Générale. (Denise Steinhäuser, Patrick Hollerich, Armand Drews, Claude Heirend, Véronique Eischen, Joël Simon, Fernand Gales).

Anlass für dieses Treffen war außer einem allgemeinen Austausch über die momentane Lage des luxemburgischen Finanzplatzes, die aktuelle Besteuerung des Zinsvorteils bei Immobilienkrediten der Bankangestellten.

Das Syndikat Banken und Versicherungen des OGB♦L bedauert, dass am Bankenplatz Luxemburg leider viel zu oft Sozialpläne auf der Tagesordnung stehen, ohne dass aber im Vorfeld ein internes soziales Audit stattgefunden hätte. Der OGB♦L hat durch seine konsequente Haltung und die demnach entsprechenden getroffenen Maßnahmen in verschiedenen Banken einen Sozialplan erfolgreich verhindern können.

So sprachen sich die OGB♦L Vertreter der Banque Générale für Maßnahmen in der Arbeitszeitregelung aus. Dabei könnten auch neue Wege wie z.B. die Einführung von Zeitkonten eingeschlagen werden.

Ebenfalls wurde bemerkt, dass die BGL Direktion auch weiterhin Weiterbildungs- und Reorientierungskurse fördern werde. Die Vertreter des Syndikat Banken und Versicherungen des OGB♦L sowie die OGB♦L Personalvertreter der Banque Générale bedauern, dass der zur Zeit gültige Referenzzinssatz zur Besteuerung des Vorteils bei Immobilienkrediten



für Angestellte des Finanzsektors den wirtschaftlichen Gegebenheiten und der Entwicklung der Zinssätze auf den Kapitalmärkten nicht mehr angepaßt ist. Mehrere Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank haben dazu geführt, dass die luxemburgischen Banken ihren Zinssatz für Immobiliengeschäfte stark nach unten revidiert haben, welcher daher seit geraumer Zeit unter dem gültigen Referenzzinssatz von 5.5% liegt der zur Besteuerung des Zinsvorteils angewandt wird.

Um diese steuerliche Benachteiligung des Bankenpersonals zu beheben, kamen beide Delegationen zur Schlussfolgerung, dass der Referenzzinssatz, ähnlich wie der Bauindex, jährlich, und nicht wie bisher auf 2 Jahre im Budget festgelegt werden sollte. Hierzu müsste der Zinssatz der Europäischen Zentralbank, oder der Durchschnittwert der Banken welche im Bereich der Immobilienkredite tätig sind angewandt werden.

Unterredung des OGB♦L/SBA mit Wirtschaftsminister Grethen: den Finanzplatz absichern durch innovative Ideen und eine intelligente Nutzung des wertvollen menschlichen Kapitals

Nach dem Zustandekommen des "Kompromisses von Brüssel" zur Harmonisierung von Kapitalzinsen in Europa hatte der OGB♦L unverzüglich um eine Unterredung bei Finanzminister Juncker, Budgetminister Frieden und Wirtschaftsminister Grethen gebeten, um Aufschluss über die Konsequenzen auf den Finanzplatz und seine Beschäftigten zu bekommen.

Nachdem dieses Thema bereits Gegenstand des Spitzentreffens des OGB♦L mit der Regierung vom 27. Januar 2003 war, fand ein weiteres Gespräch am 28. Januar im Wirtschaftsministerium mit Minister Henri Grethen statt. Teilnehmer waren neben

Nationalpräsident John Castegnaro und Armand Drews, dem Präsidenten des Syndikats Banken und Versicherungen des OGB♦L, die Personalvertreter Fernand Gales, Claude Heirend, Marc Muno von der BGL/Fortis, François Rasic von der Dexia/BIL sowie die Zentralsekretäre des OGB♦L/SBA Véronique Eischen und Roby Fehlen.

Minister Grethen wies auf die schwierigen und langwierigen Verhandlungen hin, bei denen es nicht einfach war, den Standpunkt Luxemburgs zu verteidigen. Laut Einschätzung des Ministers vermag der in der "letzten Minute" gefundene Kompromiss dennoch die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit

unseres Finanzplatzes zu erhalten. Dies setzt allerdings für den OGB♦L eine "noble Nischenpolitik" voraus, d.h. eine Ausweitung der Produktpalette durch innovative Ideen sowie die intelligente Nutzung des wertvollen menschlichen Kapitals und Know-Hows.

Abschließend waren beide Parteien sich einig, dass es für den Bankplatz Luxemburg von großer Bedeutung ist, dass alle Akteure einen klaren Kopf behalten und dass vor allem mit der nötigen Ruhe an die Lösung der Probleme herangegangen wird.



Jean-Marie Azzolin

Securities
Process & Support
CBK
Tél. : 4242 6231
Fax : 4242 5058
E-Mail :
jean-marie.azzolin@bgl.lu



Raymond Bernard

Professional Banking
Royal Monterey
Tél. : 4242 2778
Fax : 4242 8204
E-Mail :
raymond.bernard@bgl.lu



Claude Brenner

Administration, Comptabilité
et Gestion Immobilière
CBK
Tél. : 4242 2226
Fax : 4242 4100
E-Mail :
claude.brenner@bgl.lu



Guy Brimeyer

Distributed Systems and
Middleware
CBK
Tél. : 4242 5056
E-Mail :
guy.brimeyer@bgl.lu



Francis Capitani

Back Office Treasury &
derivates
CBK
Tél. : 4242 4181
Fax : 4242 4567



José Caudron

Service Intendance
CBK
Tél. : 4242 8544
Fax : 4242 3723
E-Mail :
jose.caudron@bgl.lu



**Aurore Collignon-
Mingarelli**

Institutional Customer Support
CBK
Tél. : 4242 3094
Fax : 4242 5057
E-Mail :
aurore.collignon-
mingarelli@bgl.lu



Yvon Dietz

Pool 2, Groupe Clientele
Francophone
Royal Monterey
Tél. : 4799 2526
Fax : 4799 4696
E-Mail :
yvon.dietz@bgl.lu



Armand Drews

Délégation du Personnel
CBK
Tél. : 4242 2881
Fax : 4242 2553
E-Mail :
armand.drews@bgl.lu



Fernand Gales

Support Logistique
CBK
Tél. : 4242 6511
Fax : 4242 5188
E-Mail :
fernand.gales@bgl.lu



Claude Gengler

Business Support
CODIC D
Tél. : 4242 2050
Fax : 4242 6500



Armand Goergen

Back Office / GDC
(Private Banking)
CBK
Tél. : 4242 2804
Fax : 4242 3924
E-Mail :
armand.goergen@bgl.lu



Marco Hames

Sales Treasury Products
CBK
Tél. : 4210 4932
Fax : 4242 4218
E-Mail :
marco.hames@bgl.lu



Claude Heirend

Paying Agency Recovery
CBK
Tél. : 4242 2325
Fax : 4242 4200
E-Mail :
claude.heirend@bgl.lu



Patrick Hollerich

Credit Risk Monitoring &
Intensive Care
CBK
Tél. : 4242 5245
Fax : 4242 5237



**Christophe Kim-
mich**

Industrialisation and
Integration
CBK
Tél. : 4242 5655
Fax : 4242 3015
E-Mail :
christophe.kimmich@bgl.lu



Nico Kirsch

Back Office Treasury
& Derivates
CBK
Tél. : 4242 4184
Fax : 4242 4567



**Valérie
Krim-De Graeve**

Support Logistique
CBK
Tél. : 4242 6560
Fax : 4242 5188
E-Mail :
valerie.krim-de-
graeve@bgl.lu



Joaquim Mauricio
Conseils en Placements
Agence Royal Monterey
Tél. : 4799 6522
Fax : 4799 3126



Charles Mertz
Agence Employé 76
CBK
Tél. : 4242 6236
Fax : 4242 6235



Laurent Meyer
Industrialisation and
Integration
CBK
Tél. : 4242 2464
E-Mail :
laurent.meyer@bgl.lu



Luc Mischo
Conseils en placements
Agence Royal Monterey
Tél. : 4242 3546
Fax : 4242 2152



**Frédérique
Moreddu-Petitpas**
Institutional Customer Support
CBK
Tél. : 4242 2599
Fax : 4242 5057
E-Mail :
frederique.moreddu@bgl.lu



Fabienne Morosini
Service Intendance
CBK
Tél. : 4242 2473
Fax : 4242 2101
E-Mail :
fabienne.morosini@bgl.lu



Marc Muno
Paiements et assistance
Clients
CBK
Tél. : 4242 4346
Fax : 4242 4216
E-Mail :
marc.muno@bgl.lu



Patrick Oé
Conseils en placements
Agence Royal Monterey
Tél. : 4799 2141
Fax : 4799 3126
E-Mail :
patrick.oe@bgl.lu



Adriano Pereira
Service Intendance
CBK
Tél. : 4242 8599



**Tessa
Pompermeier-
Langers**
Agence Strassen
Tél. : 2625 43639
Fax : 2625 43673



Norbert Roos
Conseils en placements
Agence Royal Monterey
Tél. : 4799 8138
Fax : 4799 2152



Anna Sbaiz
Agence Howald
Tél. : 495 411
Fax : 487 787



**Jacqueline
Schumacher**
Conseils en placements
Agence Royal Monterey
Tél. : 4799 2816
Fax : 4799 2152
E-Mail :
jacqueline.schumacher@bgl.lu



Joël Simon
Agence Luxembourg-Gare
Tél. : 40110 234
Fax : 402 917



**Maggy
Simon-Hubo**
Agence Troisvierges
Tél. : 9975 7623
Fax : 9977 7962



Moreno Spano
Agence Kordall
Tél. : 2650 7224
Fax : 2650 7250



**Denise Steinhäu-
ser**
Crédit, Réalisation
& Administration
CBK
Tél. : 4242 5627
Fax : 4242 3121
E-Mail :
intloar@bgl.lu



**Georgette
Zimmer-Schmit**
Paiements et Assistance
Clients
CBK
Tél. : 4242 4295
Fax : 4242 4220
E-Mail :
georgette.zimmer@bgl.lu

Programme d'action "Ensemble, assurons l'avenir"

Les revendications de l'OGB♦L/BGL au niveau du contrat collectif et du règlement interne



Renégociation du contrat collectif sectoriel

Le nouveau contrat collectif doit notamment contenir une augmentation linéaire des salaires, une révision du principe de performance et des mesures visant la sécurité de l'emploi dans le secteur.

Une convention collective adaptée aux besoins de la BGL

La convention collective actuelle du secteur bancaire ne tient pas compte des conditions spécifiques des différents instituts financiers. C'est pourquoi nous sommes d'avis, qu'à côté des conventions applicables au plan national, ou par secteur, il devrait y avoir des conventions complémentaires négociées au cas par cas dans les entreprises. Une convention "BGL" devrait contenir entre autres les éléments suivants :

- ◆ Abolition du système de performance
- ◆ Sécurité de l'emploi
- ◆ Garantie des revenus
- ◆ Organisation du temps de travail avec meilleure prise en compte des besoins du personnel
- ◆ Amélioration des conditions de travail
- ◆ Disposition de l'horaire mobile

Précisions des droits et devoirs des cadres

L'arbitraire dans le sort réservé aux employés hors convention doit cesser. Nous revendiquons que certains avantages extralégaux des conventions collectives soient étendus aux employés hors conventions.

Critères de promotion clairs et honnêtes

L'OGB♦L plaide encore et toujours pour des critères de promotion transparents et objectifs. Un premier pas vers une amélioration a été franchi par l'instauration, grâce à l'OGB♦L, d'une commission paritaire. Nous exigeons que les pouvoirs de cette commission paritaire soient étendus, qu'elle ait la compétence de traiter des problèmes individuels, d'intervenir au niveau de problèmes sociaux graves et de trancher aussi des recours en cas d'appréciation contestée.

Réforme de la Caisse de pension et de la Mutuelle

Il est indispensable que la Caisse de Pension et la Mutuelle des employés de la BGL soient réformées en profondeur.

Réglementation des prestations extraordinaires

L'OGB♦L s'engage pour que soit négociée une réglementation des travaux extraordinaires qui doit éliminer les abus et prévoir une juste rémunération. Un autre objectif restera pour l'OGB♦L la poursuite des négociations pour augmenter la part du revenu variable annuel intégrée dans le revenu fixe mensuel des employés.

Pour assurer un meilleur avenir, pour le retour de l'humain et de la justice, pour la priorité au social :

Soutenez la continuité de notre action

Votez OGB♦L



(Texte intégral disponible sur le site www.flouamouer.lu)



LISTE DES REVENDICATIONS POUR 2003

En ce qui concerne la prise de conscience de la problématique des porteurs de handicaps, ces dernières années des progrès sensibles ont été faits. Egalement sur le plan législatif, divers projets de lois ont été déposés. Toutefois, tant en matière d'emplois que de formation, d'éducation et de la dignité de la personne, le pari du droit à l'égalité des chances est loin d'être gagné.

Droit à l'emploi

Malgré les licenciements importants des derniers mois dans certaines entreprises et la situation économique incertaine de notre pays, nous insistons sur le fait que l'insertion des travailleurs handicapés sur le marché du travail ordinaire doit devenir une priorité absolue.

Onze ans après l'entrée en vigueur de la loi sur le travailleur handicapé, l'intégration des personnes handicapées sur le marché de l'emploi ordinaire est loin d'être satisfaisante. L'article 5 de la dite loi dispose que l'Etat, les communes, les établissements publics et la société nationale CFL sont tenus d'employer à plein temps des travailleurs reconnus comme travailleurs handicapés, dans la proportion de 5 % de l'effectif total de leur personnel occupé. Cependant en date du 7 février 2001 Mme Lydie Polfer Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative est obligée, suite à une question parlementaire, d'admettre que le taux d'occupation de personnes handicapées ne dépasse pas les 2,18 % dans les services étatiques. On retrouve le même problème dans le secteur privé où les quotas ne sont également pas respectés. Il n'existe toutefois pas de statistique fiable pour le secteur privé.

Nous pensons qu'il serait important d'une part de faire une statistique fiable sur la situation dans le secteur privé et d'autre part il nous semble primordial de réviser la loi du 12 novembre 1991 sur le travailleur handicapé pour qu'un contrôle de l'application du taux obligatoire soit effectué de manière systématique ! En cas de non-respect, l'article 10 qui prévoit des pénalités doit être appliqué sans exception! Les fonds ainsi récoltés pourront être réinvestis dans le secteur social.

Lorsque l'état de la personne souffrant d'un handicap ne lui permet pas d'intégrer le marché ordinaire du travail, mais que celle-ci désire travailler dans un atelier protégé, l'atelier en question doit prévoir, pour ces travailleuses et ces travailleurs des droits sociaux équivalents à ceux dont jouissent leurs homologues dans le milieu ordinaire du travail.

Le projet de loi no. 4827 concernant la situation de revenu des personnes handicapées est un premier pas dans ce sens. Etant donné que ce projet de loi ne prend pas en compte le droit à la formation professionnelle et à la promotion au sein des ateliers protégés, il faudra s'assurer que ces droits soient également accordés à ces travailleurs.

Nous insistons pour que la nouvelle législation s'applique sans distinction du type de handicap et pour que toute différenciation discriminatoire notamment par rapport aux travailleurs affectés d'un handicap psychique soit évitée.

Droit à l'éducation et à la formation

Dans le système éducatif, le déficit chronique de places permettant d'accueillir des enfants souffrant de handicaps dans le milieu ordinaire de l'école est dramatique. Sans évoquer le



DEPARTEMENT TRAVAILLEURS HANDICAPES DE L'OGB♦L

manque de préparation et de formation du personnel éducatif chargé d'accueillir, d'accompagner et de former ces enfants. Et pourtant l'insertion commence dès le plus jeune âge, c'est-à-dire dès l'école. Nous sommes d'avis qu'il faut tout mettre en œuvre pour donner un maximum de chances, là où c'est possible, au porteur de handicaps de fréquenter un enseignement normal.

Lorsque la situation personnelle de l'enfant souffrant d'un handicap le nécessite et qu'elle implique un placement dans une structure spécialisée, il faut veiller à ce que ces structures disposent de moyens d'accueil suffisants, tant en matière de places qu'en encadrement humain et que, le cas échéant, y soient mis en place des parcours de formation personnalisés qui prennent en compte le rythme et les capacités personnelles et débouchent sur l'acquisition de véritables formations et qualifications professionnelles, de telle sorte que ces placements ne se traduisent pas par de nouvelles formes de ségrégation et de marginalisation.

Droit à la dignité

Qu'ils soient publics ou privés, les bâtiments ou les lieux ouverts au public devront être accessibles aux personnes souffrant d'un handicap. Il y va de même pour les transports, qui devront prévoir les adaptations nécessaires et la conception de nouveaux matériels, pour permettre leur emprunt par les personnes souffrant d'un handicap. De même devront être éliminées les barrières qui entravent l'accessibilité et la participation des personnes souffrant d'un handicap aux activités sportives et culturelles. De même devra être proscrit, que ce soit dans la littérature, les arts ou tout autre domaine d'expression, tout ce qui concourt à dévaluer l'image et/ou la représentation des personnes handicapées. Le droit à la dignité passe par la garantie de ressources et l'autonomie de vie, autrement dit par le droit à un revenu décent pour la personne handicapée. Il faut garantir et

Membres du comité du département des travailleurs handicapés de l'OGB♦L

♦ Joël Delvaux	président
♦ Nicole Hutzli	vice-présidente
♦ Paolo Moretti	secrétaire
♦ Andrea da Costa	trésorière
♦ Guy Bintz	membre
♦ Bernd Eller	membre
♦ Mike Facchin	membre
♦ Massimo Moretti	membre
♦ Ronny Wagner	membre
♦ Gilbert Graf	membre coopté
♦ Jean-Claude Reding	membre coopté
♦ Jean-Paul Reuter	membre coopté

accroître la liberté d'accès et des choix des droits sociaux (droit au revenu minimum, droit aux pensions d'invalidité, aux soins etc.). Il faut faire participer et donner la parole aux handicapés pour avoir leur avis sur des points qui les concernent. Il ne s'agit plus de mettre l'accent sur l'handicap mais sur la personne.

**Rien sur nous
sans nous !**





**AK-INFO'S 3/2002
LA FORMATION PROFESSIONNELLE**

Le 4e numéro de la publication trimestrielle AK-Info's de la Chambre de travail vient de paraître sous le titre "La formation professionnelle".

La Chambre de travail consacre pour la troisième fois une publication à la formation professionnelle - qui est un pilier considérable de son activité - et dans laquelle il lui importe d'investir des moyens importants.

Ainsi, la publication est une actualisation de la version publiée en 1999 sans qu'il y ait cependant eu de changements fondamentaux. En effet, le ministre de l'Education nationale, de la Formation professionnelle et des Sports a entamé la réforme de l'apprentissage que notre chambre ne cesse de réclamer depuis des décennies.

L'AK-Info's sur la formation professionnelle tient à mettre à jour les informations sur l'apprentissage et ses modalités particulières, l'évolution constante en la matière justifiant une telle publication.

Parmi les changements, il y a lieu de citer e.a. l'apprentissage pour adultes, les indemnités d'apprentissage et les nouveaux taux des primes et aides à l'apprentissage.

Pour toute information complémentaire, le lecteur pourra s'enquérir auprès de la Chambre de travail et des organismes cités en annexe de la publication.

Chambre de travail
23, rue des Bruyères, L-1274 Howald
Tél.: 48 86 16-1 / e-mail: ak-l@ak-l.lu.

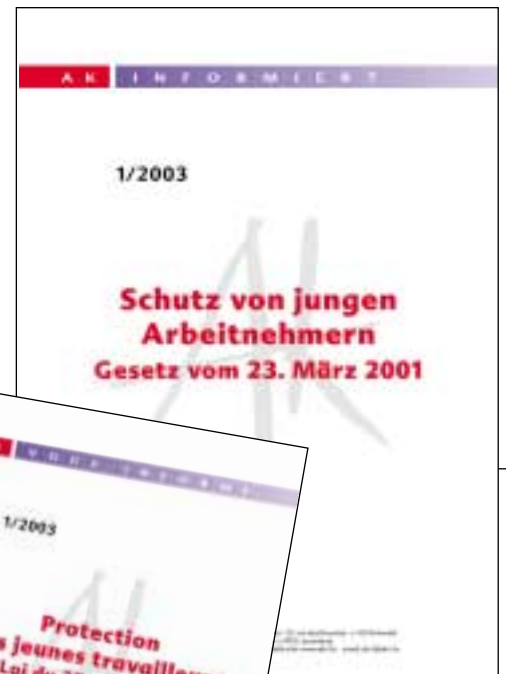
**AK INFORMIERT 1/2003
GESETZ VOM 23. MÄRZ 2001
ZUM SCHUTZ VON
JUNGEN ARBEITNEHMERN**

In ihrem Bemühen, die Arbeitnehmer und ihre Vertreter noch besser zu informieren, hat die Arbeiterkammer sich in seiner ersten Herausgabe dieses Jahres dazu entschlossen, unter dem Namen "AK informiert", das Gesetz vom 23. März 2001 zum Schutz von jungen Arbeitnehmern vorzustellen.

Ziel dieser Veröffentlichung ist es, die Lesbarkeit des Gesetzes zu fördern und den Personaldelegationen und Gewerkschaften ein Instrument zu verleihen, das sie in der Ausführung Ihrer Funktionen nutzen können

Die Veröffentlichung enthält sowohl den deutschen als auch den französischen Text.

Arbeiterkammer
23, rue des Bruyères, L-1274 Howald
Tel.: 48 86 16-1 / e-mail: ak-l@ak-l.lu.



Défense des intérêts des employés privés des pharmacies luxembourgeoises

Accord de synergie : le Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois Sans Officine et l'OGB♦L réunissent leurs efforts

Le Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois Sans Officine et l'OGB♦L ont signé un accord de synergie entre leurs organisations pour renforcer leurs efforts communs en vue d'une amélioration générale et d'une réforme de la condition sociale et de travail des pharmaciens salariés au Grand-Duché de Luxembourg.

L'OGB♦L et le Syndicat des Pharmaciens S.O. ont décidé dans le cadre de cet accord de mener une politique tarifaire commune e.a. en vue d'une revalorisation générale de la carrière du pharmacien salarié en service auprès des pharmacies luxembourgeoises et d'une réforme de leur organisation du temps de travail et des services de garde.

L'accord prévoit la création au sein de l'OGB♦L d'une commission tarifaire pour le secteur des pharmacies qui sera composée de représentants qualifiés des différentes catégories professionnelles d'employés privés des pharmacies et des représentants du Syndicat des Pharmaciens S.O.

Les deux organisations préserveront de manière autonome leurs compétences d'agir et de décision en toutes les autres matières relatives à la défense des intérêts des pharmaciens salariés. À cet égard les deux organisations ont convenu dans le cadre de l'accord de synergie d'instaurer une commission paritaire de consultation pour tous les sujets en rapport avec

la formation, l'exercice et le statut du pharmacien.

À la fin du mois de novembre 2002, le Syndicat Santé et Services Sociaux de l'OGB♦L lors de sa journée syndicale et le Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois Sans Officine lors de son assemblée générale avaient modifié à l'unanimité des voix des délégués et des membres leurs statuts internes en vue de la finalisation de l'accord de synergie. Celui-ci est conclu pour une durée déterminée de 5 ans.

L'OGB♦L en sa qualité de syndicat majoritaire des employés privés du secteur de la santé et responsable de la négociation des importantes conventions collectives de travail EHL et SAS et le Syndicat des Pharmaciens S.O. en tant qu'organisation représentative des 260 pharmaciens salariés vont à court terme finaliser leur projet tarifaire en vue de la demande officielle d'ouverture de négociations avec l'organisation patronale des pharmaciens titulaires.

Ce projet inclut également la proposition d'améliorer la condition salariale et de travail des nombreux aides en pharmacie qui ont également subi des retards salariaux très importants pendant le cours de toutes les dernières années et qui sont également confrontés à une stagnation générale de leurs conditions de travail.



Arbeitsplätze erhalten, "blinde" Entlassungen verhindern!

In ihrer ersten Sitzung im Neuen Jahr befaßte sich die OGB♦L-Exekutive mit den Herausforderungen, die sich sowohl auf sozialer als auch auf wirtschaftlicher und politischer Ebene stellen werden und analysierte die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Des Weiteren bereitete sie den Gewerkschaftstag vor, der am 24. Januar 2003 im Hémicycle auf Kirchberg tagen wird und unterstrich die Wichtigkeit der am 12. November 2003 stattfindenden Sozialwahlen. [...]

Fours Hein: "Last chance"-Sitzung vor dem Schlichtungsamt

Da es bei der Kollektivvertragserneuerung bei Fours Hein nicht zu einer Einigung am Verhandlungstisch kam, wurde das nationale Schlichtungsamt mit dem Dossier befasst. Doch auch die 1. Schlichtungsrunde scheiterte. Die Exekutive nimmt zur Kenntnis, dass sich in der anschließend durchge-

fürten Urabstimmung mehr als 80% der Beschäftigten für einen Streik aussprachen, falls es nicht zu einer annehmbaren Lösung kommen sollte. Anlässlich einer Sitzung der "letzten Chance", deren Datum noch festzulegen ist, wird der OGB♦L einen letzten Kompromissvorschlag vorlegen. [...]

Anpassung der Lenk- und Ruhezeiten auf EU-Ebene

Die Exekutive begrüßt die Initiative des grünen Europadeputierten Claude Turmes, dessen Einsatz es zu verdanken ist, dass eine überarbeitete Verordnung in Bezug auf die Lenk- und Ruhezeiten im Straßengüterverkehr und damit neue Sozialvorschriften zur Abstimmung kommen werden. Durch die Einführung einer max. Lenkzeit von 90 Stunden während zwei Wochen, einer Ruhezeit von 12 Stunden pro Tag, sowie der Einführung des digitalen Tachographen soll Missbräuchen Einhalt geboten werden.

Machtwort des Staatsministers in Sachen SES ASTRA

Ein erster Erfolg für den OGB♦L

Auf völlig unerklärliche Art und Weise, war versucht worden zu verhindern, dass der OGB♦L an den Verhandlungen des Sozialplanes bei der SES teilnehmen konnte.

Dennoch hat der OGB♦L einen ersten wesentlichen Erfolg zu verzeichnen in Form der Intervention des Staatsministers, der aufgrund der schriftlichen OGB♦L-Aufforderung vom 6. Januar 2003, sich der Sache angenommen hat und in die OGB♦L-Argumentation, dass bei der SES weder wirtschaftliche, finanzielle noch organisatorische Gründe vorliegen, die diese Entlassungen rechtfertigen könnten, eingestimmt hat.

Genau wie der Staatsminister ist der OGB♦L nämlich der Meinung, dass es ausgerechnet in einem schwierigen

wirtschaftlichen Umfeld, gilt um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Gerade von Vorzeigebetrieben à la SES ASTRA mit hoher staatlicher und öffentlicher Beteiligung dürfen in diesem Kontext keine falschen beschäftigungspolitischen Signale ausgehen.

Es sei noch einmal daran erinnert, dass der OGB♦L bereits im Juli 2002, aufgrund von unterschwelligem Hinweisen auf Entlassungen, bei der SES intervenierte, um sich Klarheit zu verschaffen. In ihrer Antwort, die bis Ende November 2002 auf sich warten ließ, stellte die Personaldirektion klar, dass es keine Entlassungen, demnach keinen Grund zur Verhandlung eines Sozialplanes oder zu einem Treffen mit dem OGB♦L geben würde. Tage danach standen dann plötzlich 32 Entlassungen im Raum.

Diesem Spiel mit der Arbeitslosigkeit, dieser patronalen Arroganz und Ignoranz der Luxemburger Gesetzgebung wurde nun dank des Einsatzes des OGB♦L und dem Machtwort des Staatsministers, der an die Luxemburger "Traditionen" erinnerte, definitiv ein Riegel vorgeschoben.



Das Modell Luxemburg

25-Jahre Tripartite

Am 24. Dezember 1977 wurde das Gesetz über das Einsetzen der Tripartite gestimmt. Nicht einfach so, sondern auf Druck der Gewerkschaften. Sie ist im Endeffekt eine Erfindung des OGB♦L, die Verwirklichung des von ihm seit Beginn der Weltwirtschaftskrise in den 70er Jahren geforderten hochkarätigen Anti-Kriseninstrumentariums, zusammengesetzt aus den Spitzenleuten der Regierung, den repräsentativen Gewerkschaften und dem Patronat.

Ihr Ziel war seit 1975 klar: die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen dürfen nicht als Fatalität und schon gar nicht einseitig, zu Lasten der Arbeitnehmer, hingenommen werden. Die Aktion der Tripartite wurde folglich auf der Basis eines "Aktionsplanes für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung" definiert und aktiviert.

Darum unsere Forderung nach dem Einsetzen eines hochkarätigen Anti-Kriseninstrumentariums, zusammengesetzt aus den Spitzenleuten der Regierung, den repräsentativen Gewerkschaften und dem Patronat.

Somit war das "Modell Luxemburg" geboren, um das uns viele andere Länder beneiden und das von Anfang an seine

Bewährungsprobe bestand und nicht mehr aus den bestehenden Entscheidungs- und Beratungsgremien wegzudenken ist. Die Tripartite verhinderte in der ganzen Wirtschafts- und Stahlkrise - die bis 1985 dauerte - Entlassungen und garantierte sozialen Besitzstand und soziale Absicherung.

2003 riecht es wieder nach Krise. In einem doch schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld bleibt die Tripartite das einzige richtige Instrument, um die wirtschaftliche und soziale Lage kritisch einzuschätzen und gegebenenfalls die richtigen Entscheidungen zu treffen, d.h. jene die sozial gerecht sind, die Arbeitsplätze absichern und eine offensive Politik für Wachstum und Vollbeschäftigung erlauben.

Entscheidend dabei ist, dass das Kräfteverhältnis zwischen den Teilnehmern stimmt. Der OGB♦L mit fast 53.000 Mitgliedern garantiert, dass die Entscheidungen sozial gerecht sind und nicht den Arbeitnehmern einseitig aufgelastet werden.

John Castegnaro

OGB♦L gegen das gebührenpflichtige Parken in den Industriezonen der Hauptstadt

Eine unsoziale Maßnahme

Als Reaktion auf die Ankündigung des Stadtbürgermeisters Paul Helminger, ab dem 1. Juli 2003 das gebührenpflichtige Parken in allen Industriezonen der Stadt Luxemburg einzuführen, fand ein Protest- und Konzertierungstreffen der in der Gaspericher Industriezone angesiedelten Betriebe statt.

Der OGB♦L versteht den Ärger der Betriebseigener, die nicht im Vorfeld informiert worden sind, die die neue Maßnahme also aus der Zeitung erfuhren und sich nun mit allen Mitteln zur Wehr setzen werden. Schließlich war das Parkplatzangebot ein Hauptargument für viele kleine und mittlere Betriebe aus dem Handel- und Dienstleistungssektor sich auf der "grünen Wiese" anzusiedeln und nicht etwa im Stadtzentrum.

Für den OGB♦L geht es aber vor allem um die Interessen der Arbeitnehmer aus dem Inland oder dem nahen Grenzgebiet, die in diesen Industriezonen beschäftigt sind und die ab dem 1. Juli auf einen kostenlosen Parkplatz verzichten müssen. Hochrechnungen ergeben, dass im günstigsten Fall (d.h. bei 0,70.- Euro pro Stunde) im Jahr rund 1.500.- Euro

an Parkgebühren anfallen, was in etwa einem Mindestlohn entspricht. Der öffentliche Transport bietet keine gute Alternative, da viele Industriezonen kaum bedient werden. Des Weiteren entsprechen die Fahrzeiten weder den Ansprüchen der Schichtarbeiter noch jener Personen, die eine gleitende Arbeitszeit haben.

Für den OGB♦L ist es inakzeptabel dass, unter der Anführung von Argumenten wie z. B. der Förderung des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel respektive dem Gegensteuern zu einer Verlagerung durch die Einführung des gebührenpflichtigen Anrainerparkens in die Industriezonen, die Arbeitnehmer - und unter ihnen viele Mindestlohnbezieher - für die mangelnde Weitsicht in der Parkraumplanung der Stadt Luxemburg bezahlen müssen.

Der OGB♦L ruft daher alle Arbeitnehmer in den betroffenen Industriezonen auf, Solidarität zu zeigen, und sich an jeglichen Formen von Protestaktionen zu beteiligen.

Appell fir d'öffentlech Schoul

Die Zukunft der öffentlichen Schulen geht uns alle an!

Die zentrale Bedeutung der öffentlichen Schule für unser Bildungswesen ist in Artikel 23 der Verfassung rechtlich verankert. Die aktuelle Situation stellt sich für Lehrer und Schüler jedoch zunehmend schwierig dar. Mangel an diplomiertem Personal und unzureichende Infrastrukturen prägen den Schulalltag. Auf politischer Ebene sind tiefgreifende Strukturreformen überfällig.

Wofür wir uns einsetzen – bessere Bedingungen für alle Schüler!

Für die Unterzeichnenden hat die Verbesserung der aktuellen Lern- und Lehrbedingungen an öffentlichen Schulen absolute Priorität. Der Staat muss diesen Schulen alle Mittel zu Verfügung stellen, damit sie ihre wichtigen Aufgaben erfolgreich bewältigen können. Dabei muss die Schule eine echte Chance bekommen, den wechselnden Bedürfnissen von Schülern und Eltern gerecht zu werden. Zudem erfüllt die öffentliche Schule eine wichtige gesellschaftliche Integrationsfunktion für den hohen Anteil ausländischer Schüler sowie Kinder aus sozial schwächerem Milieu. Wir fordern daher von staatlicher Seite die dringend notwendige finanzielle und strukturelle Unterstützung für die öffentliche Schule ein!

Warum wir den Gesetzesvorschlag zur Förderung der Privatschulen ablehnen!

Die Regierung hat einen Gesetzesvorschlag zu den Finanzierungshilfen für Privatschulen ausgearbeitet – ein Ansatz, der die Chancengleichheit in Sachen Bildungszugang für die Kinder in unseren Lande dramatisch unterlaufen würde. Dass eine bevorzugte Förderung der Privatschulen der falsche Weg ist, beweist das Paradebeispiel Finnland – ein Land, das weltweiter Spitzenreiter der PISA-Studie ist, in

dem aber nur knapp 3% der Schüler private Schulen besuchen. In Luxemburg sind es bereits jetzt 12%! Dass dieser Gesetzentwurf zu einer Benachteiligung der öffentlichen Schule führt, belegen die folgenden Eckpunkte des vorliegenden Textes.

- Den privaten Schulen sollen jetzt enorme Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Dabei werden neben Sekundarschulen auch private Spiel- und Primärschulen von diesen neuen Finanzspritzen profitieren.
- Laut Gesetzesvorschlag werden 80% der Investitionen, die Privatschulen in den letzten zehn Jahren getätigt haben, vom Staat rückerstattet.
- Auch Privatschulen, die sich nicht an das öffentliche Lehrprogramm halten, sollen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Dabei entfällt nicht nur eine Qualitätskontrolle des Unterrichts, sondern auch jeder Einblick in die vermittelten Inhalte. Die Gewährleistung ideologiefreier pädagogischer Ansätze ist so nicht mehr sichergestellt.

Mit einem solchen Gesetz wird sich die Schullandschaft in den nächsten Jahren entscheidend verändern. Die öffentlichen Schulen werden extrem benachteiligt, während die Privatschulen und im Wesentlichen die katholischen Privatschulen eine bislang nie dagewesene Finanz- und Investitionskraft erlangen. Das Gesetz steuert damit auf eine Zweiklassengesellschaft zu, in der sich nur finanziell gut situierte Eltern leisten können, ihre Kinder von klein auf in besser ausgestattete Privatschulen zu schicken. Wir sind davon überzeugt, dass angemessene Bildung keine Ware werden darf! Mit diesem Gesetz wird die Chancengleichheit weiter verringert – laut PISA Studie bildet Luxemburg gerade in diesem Punkt ohnehin bereits das traurige Schlusslicht.

Angesichts dieser erheblichen Bedenken fordern die Unterzeichnenden die Regierung nachdrücklich auf, diese Gesetzesvorlage zurückzuziehen!



Erstunterzeichner

Adam Monique, présidente SEW - Asselborn Jean, député « P.O.S.L. ». - Bodry Alex, député « P.O.S.L. ». - Bausch François, député « Gréng » - Casali Landy, secrétaire générale LLE - Castegnaro John, président OGBL - Closener Francine, journaliste - Dall'Agno Claudia, présidente Jeunes Socialistes - De Toffoli Carlo - Delvaux Mady, députée « P.O.S.L. ». - Di Bartolomeo Mars, député – maire « P.O.S.L. ». - Err Lydie, députée « P.O.S.L. ». - Fayot Ben, député « P.O.S.L. ». - Foetz Guy, vice-président SEW - Fohl Alex, journaliste - Fonck Danièle, directrice adjointe Tageblatt - Gansen Lilly, présidente du Foyer de la Femme - Garcia Robert, député « Gréng » - Gehlhausen Roland, artiste - Geisbusch Jean, président comité des enseignants du LTC - Gillen Victor, avocat - Gira Camille, député « Gréng » - Goebbels Robert, député européen « P.O.S.L. ». - Goetz Marco, journaliste - Gregorius René, Conseiller d'Etat honoraire - Halsdorf Claude, enseignant - Hammelmann Paul, avocat - Hirsch Mario, journaliste - Hoscheit Jhemp, écrivain - Huss Jean, député « Gréng » - Igniti Danielle, présidente MLPFES-Planning Familial - Jacoby Abbes, secrétaire parlementaire « Gréng » - Kaber Danièle, athlète olympique - Kirsch Ed., président FGIL - Klein J. P., député « P.O.S.L. ». - Klein Roger, enseignant - Krecké Jeannot, député « P.O.S.L. ». - Kremer Pol, enseignant - Lanners Daniel, économiste - Leger Roger, vice-prés. LASEP - Lentz Susi, artiste et chargée de cours - Loschetter Viviane - Ludig Guy, directeur Revue - Lux Lucien, député – maire « P.O.S.L. ». - Mangers Edmée, secrétaire générale Amiperas - Mischo Marylène, artiste peintre - Molitor Marc, délégué personnel et enseignant - Mutsch Lydia, députée-maire « P.O.S.L. ». - Olinger Claudine, éducatrice graduée - Poos Jacques F., député européen « P.O.S.L. ». - Portante Jean, journaliste et écrivain - Quintela Diogo, président CLAE - Reding Jean-Claude, secrétaire général OGBL - Regenwetter Peggy, institutrice et athlète olympique - Rewenig Guy, écrivain - Roden Jean-Paul, journaliste - Ruckert Ali, président KPL - Schaack Michel, instituteur - Scheuer Jos, député – maire « P.O.S.L. ». - Schiltz Jay, journaliste - Schneider Etienne, secrétaire parlementaire « P.O.S.L. ». - Sold Alvin, directeur Tageblatt - Thiel Lucien - Thorn-Petit Liliane, journaliste - Turmes Claude, député européen « Gréng » - Urbany Serge, député « déi Lënk » - Wagener Renée, députée « Gréng » - Weyland Nico, instituteur et secrétaire FGIL - Wohlfart Georges, député « P.O.S.L. » - Worré René, instituteur - Zanussi Marc, député « P.O.S.L. ».

Unterschriftenliste

NAME	VORNAME	TITEL/BERUF	WOHNORT	UNTERSCHRIFT

Wir bitten Sie, die unterschriebenen Petitionslisten an die Adresse der FGIL zurückzusenden bzw. zu faxen : 19, rue d'Eprenay – BP 2031 – L-1020 Luxembourg – Fax 49 20 94.



Appel pour l'école publique

L'avenir de l'école publique nous concerne tous !

L'importance de notre école publique pour notre système d'enseignement est consacrée dans l'article 23 de la constitution du Luxembourg. La situation actuelle devient de plus en plus difficile pour les enseignants et les élèves. Pénurie d'enseignants diplômés et infrastructures insuffisantes caractérisent le quotidien de notre enseignement. Au plan politique, des réformes structurelles font défaut.

Nous nous engageons pour l'amélioration de l'enseignement pour tous les élèves !

Pour les signataires du présent appel, l'amélioration des conditions d'enseignement et d'apprentissage actuelles dans les écoles publiques constitue une priorité absolue. L'Etat doit donner à ses écoles tous les moyens pour qu'elles puissent remplir avec succès leurs missions importantes. L'école doit recevoir une réelle chance pour répondre aux besoins changeants des élèves et des parents. L'école publique joue un rôle important dans l'intégration sociale des élèves d'origine étrangère et des élèves issus de milieux sociaux défavorisés. Nous réclamons donc que l'Etat donne d'urgence l'appui financier et structurel nécessaire à l'école publique.

Pourquoi nous refusons le projet de loi permettant de subventionner les écoles privées !

Le Gouvernement a élaboré un projet de loi permettant d'augmenter et d'étendre les subventions aux écoles privées. Cette politique aurait une influence néfaste sur l'égalité des chances dans l'accès à l'enseignement pour les enfants dans notre pays. Favoriser le subventionnement des écoles privées est un mauvais choix politique en matière d'enseignement. La Finlande où seulement 3 % des élèves (12 % au Luxembourg) fréquentent une école privée s'est pourtant classée pre-

mière dans l'étude comparative des performances scolaires des élèves de 15 ans (étude PISA).

Les points suivants du texte gouvernemental montrent que ce projet de loi désavantagera l'école publique :

- Les écoles privées recevront des moyens financiers extraordinaires. A côté des écoles privées secondaires, les écoles privées préscolaires et primaires profiteront également de ces nouvelles aides financières.
- Le projet de loi prévoit que rétroactivement les écoles privées recevront une subvention de 80 % sur les investissements réalisés pendant les 10 dernières années.
- Mêmes les écoles privées qui ne respectent pas les programmes scolaires officiels seraient dorénavant subventionnées. Il n'y aurait donc non seulement plus de contrôle sur la qualité de l'enseignement, mais les autorités publiques ne n'auraient même plus de droit de regard sur les contenus de l'enseignement. Le risque de dérives pédagogiques et idéologiques est évident.

Une telle loi entraînera un changement profond du paysage scolaire au Luxembourg. Les écoles publiques seront désavantagées, alors que les écoles privées et essentiellement les écoles privées catholiques recevront des moyens financiers et d'investissement comme jamais auparavant dans l'histoire du Luxembourg. Le projet de loi mènera droit dans une société de classes, dans laquelle seuls les parents qui disposent de revenus élevés pourront envoyer leurs enfants dès le début de leur scolarité dans des écoles privées, qui seront les écoles les mieux loties de tous les points de vue. Nous sommes persuadés qu'un enseignement adéquat ne doit pas devenir une marchandise. Cette loi réduira encore plus l'égalité de chances au Luxembourg – alors que l'étude PISA a souligné d'ores et déjà les graves déficiences du Luxembourg dans ce domaine.

Pour toutes ces raisons les soussignés invitent le Gouvernement à retirer ce projet de loi !



Gehälterrevision im Öffentlichen Dienst auf Eis gelegt

Protest der Gesundheits- und Sozialberufler Luxemburgs !

Das Syndikat Gesundheit und Sozialwesen des OGB♦L und die Abteilung der Sozialerzieher des OGB♦L prangern die Entscheidung der Regierung an, die im Koalitionsabkommen angekündigte Gehälterrevision im Öffentlichen Dienst auf Eis zu legen.

Diese Entscheidung trifft in erster Linie die Gesundheitsberufe und die Sozialberufe doppelt hart, da sie gegenüber den anderen Berufen im öffentlichen Dienstleistungsbereich stark unterbewertet sind. Eine Unterbewertung, die übrigens noch an Konturen gewonnen hat, seit Mitte der 90-er Jahre die gesetzliche Verlängerung der Ausbildungen und die höhere Einstufung der Abschlußdiplome dieser Berufe durchgeführt wurden und seither die Regierung in Bezug auf eine entsprechende Neueinstufung der Gehälter dieser Berufe absolut passiv geblieben ist.

Im Gegensatz zur CGFP trauert der OGB♦L aber nicht dem Gesetzesentwurf nach, der im Oktober dem Ministerrat vorlag und jetzt von der Regierung gestoppt wurde. Bei diesem Vorhaben sollten die Gesundheitsberufe und die Sozialberufe erneut wie Beschäftigte zweiter Klasse abgekantelt werden. Ein Skandal, der aber angesichts der bekannten Haltung der CGFP gegenüber den legitimen Interessen der Gesundheits- und Sozialberufler nicht weiter überraschen kann.

Der OGB♦L fordert die Regierung auf, nach ihrem Nein für eine allgemeine Gehälterrevision sich jetzt auf die besondere Situation der unterbezahlten Gesundheits- und Sozialberufler zu konzentrieren und eine spezifische gesetzliche Maßnahme in die Wege zu leiten.

Als die einzige wirklich repräsentative

Organisation der Gesundheits- und Sozialberufler Luxemburgs fordert der OGB♦L, dass die Regierung die demokratischen Spielregeln endlich respektiert und in diesen Diskussionen dem OGB♦L die gewerkschaftliche Gesprächsführung zugesteht.

Verschiebung der Gehälterrevision im öffentlichen Dienst

Inakzeptabel für die Lehrer des SEW !



Die Lehrer des SEW im OGB♦L protestieren gegen die Entscheidung der Regierung, die im Koalitionsabkommen angekündigte Gehälterrevision im öffentlichen Dienst auf Eis zu legen.

Diese Entscheidung trifft die Lehrer besonders, da sie nun schon seit mehr als 25 Jahren auf eine Aufwertung ihrer Laufbahn warten.

Die jetzige Laufbahn trägt der 3-jährigen Hochschulausbildung, den gewachsenen Anforderungen und der gesellschaftlichen Bedeutung des Lehrerberufs nicht Rechnung. Im Vergleich zu anderen Berufen im öffentlichen Dienst, insbesondere in den öffentlichen Verwaltungen, ist die Lehreraufbahn stark unterbewertet.

Das SEW-OGB♦L fordert die Regierung, nach ihrem Nein zu einer allgemeinen Gehälterrevision auf, ihre selektive Gehälterrevision in die Wege zu leiten, die eine Aufwertung der Laufbahn der Lehrer beinhaltet.



Zur Fahrplan-Änderung der Deutschen Bahn

Die Verschlechterung für die Pendler rückgängig machen!

Nachdem der OGB♦L im Dezember 2002 von seinen deutschen Mitgliedern vermehrt auf die nachteilige Fahrplan-Änderung des Trierer Raumes mit dem Großherzogtum Luxemburg hingewiesen wurde, hat er sich in einem Schreiben an die Deutsche Bahn AG, an die nationale Eisenbahngesellschaft CFL und an seine Partnerorganisationen in Deutschland den DGB Trier und Saar gewendet, um auf dem schnellsten Weg nach Abhilfemöglichkeiten für die Pendler zu suchen.

Da sich die Anfahrtszeiten mit dem Zug an verschiedenen Tagen unerträglich verlängern, ist der Missmut der betroffenen Pendler (laut letzten Statec-Erhebungen kommen täglich ca. 21.000 deutsche Arbeitnehmer über die Grenze), die nun vermehrt wieder aufs Auto umsteigen, mehr als verständlich.

Der OGB♦L fordert alle betroffenen Parteien auf, im Interesse eines sicheren und attraktiven öffentlichen Transports alle Möglichkeiten auszuschöpfen und den zahlreichen Pendlern kundengerechte Abfahrts- und Ankunftszeiten sowie gute Anschlussmöglichkeiten zu bieten.



Radio Norte

RADIO INTERCULTURAL

103.9 FM

às Quartas-feiras
entre as 19H15 e as 20H00

"ASSIM É QUE NÓS NOS ENTENDEMOS "

António Ferreira em conversa com EDUARDO DIAS

Para informar e esclarecer os ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Se está de férias, boas férias !

Próximas emissões:
5 e 19 de Fevereiro
5 e 19 de Março

Se quer participar, telefone (80 45 15 ou 80 45 16)
ou escreva-nos!

"O Mundo do Trabalho"

TODOS OS SABADOS
entre as 9h30 e as 10h00

na RADIO LATINA

101.2 e 103.1 FM

Um programa da OGB♦L
para todos os trabalhadores
com o melhor da Música

Para estar bem informado sobre as realidades económicas
e sociais do Luxemburgo e da Europa

**OUÇA AS NOSSAS EMISSÕES
FAÇA AS SUAS SUGESTÕES OU CRITICAS
LIGUE PARA O TELEFONE 1363**

La responsabilité sociale des entreprises

Les 4 et 5 décembre 2002 a eu lieu l'assemblée générale d'Eurocadres, l'organisation syndicale européenne représentative des cadres et du personnel technique et scientifique de formation supérieur. L'assemblée générale a discuté le rapport d'activité 2001-2002 qui portait sur les thèmes suivants :

- 1 le développement de l'action
- 2 l'implicite dans le dialogue social européen
- 3 la poursuite du travail au réseau
- 4 l'intervention auprès des institutions européennes et coopération avec les organisations européennes

L'assemblée générale était suivie d'un symposium sur le thème de la responsabilité sociale des entreprises et le management européen responsable.

Lors de cette réunion, l'OGB♦L était représenté par Jean-Claude Reding et Joël Jung.

Adresse de contact:

Joël Jung

Réseau des cadres OGB♦L
(trésorier d'Eurocadres et membre de mobil-net, le réseau européen de conseil et d'aide en mobilité pour cadres)

19, rue d'Eprenay L-1490 Luxembourg
Tél.: 49 60 05-215
Fax: 48 69 49
E-mail: joel.jung@ogb-l.lu

Was ist GATS ?

GATS steht für « General Agreement on Trade in Services », also allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen.

Das erste Gats-Abkommen trat 1995 in Kraft und ist eins der rund 60 Abkommen, die von der Welthandelsorganisation (WTO), mit Sitz in Genf, verwaltet und umgesetzt werden.

Das GATS umfasst sämtliche Dienstleistungen und wird alle 10 Jahre verlängert. Jetzt ist es wieder soweit und die Verhandlungen sind im Gange.

Natürlich unter strengster Geheimhaltung, wie sich das gehört bei wirklich wichtigen Entscheidungen.

Um eine Idee zu bekommen mit welcher Dimension man es hier zu tun hat, muss man sich in Erinnerung rufen, dass Dienstleistungen fast 70% des Bruttoinlandsproduktes der EU erwirtschaften.

Dienstleistungen sind ein weites Feld. Neben rein kommerziellen Dienstleistungen sind auch öffentliche Dienstleistungen von den GATS-Verhandlungen betroffen.

Und hier wird die Sache spannend. Unter öffentliche Dienstleistungen fallen unter anderem, Energie und Wasserversor-

gung, öffentlicher Verkehr, Post und Telekommunikation, Bildung und Gesundheit.

Doch bevor wir uns mit den Gefahren für den öffentlichen Dienst beschäftigen und der Gefährdung der universellen Versorgung aller Bürger mit lebensnotwendigen Dienstleistungen, sollten wir einige der Unsäglichkeiten aufzählen, die in diesem Zusammenhang, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, verhandelt werden.

Ein wichtiges Prinzip, das unter die Oberhoheit der WTO fallen soll, ist z.B. die Klausel, dass kein Staat Regeln oder Gesetze haben darf, die höhere Auflagen beinhalten, als von der WTO erwünscht.

So kann es sein dass die WTO findet, dass Sondertarife für Rentner beim öffentlichen Transport nicht gerechtfertigt sind. Dann heisst das weg damit, sonst drohen empfindliche Strafen. Ist die WTO der Meinung, dass die Latte bei Umweltauflagen in einem Land zu hoch liegt, weg damit. Und so weiter. Von der nationalen Souveränität bleibt da nichts übrig.

Aber es wird noch besser. Die Länder sollen dazu aufgefordert werden, etwaige Gesetzesänderungen in diesem Bereich vor ihrer Anwendung der WTO zu unterbreiten. Diese prüft dann ob sich solches mit den GATS-Bestimmungen verträgt. Sonst weg damit. Was gleichzeitig bedeutet, dass



die Bürger sich politische Wahlen fast sparen können. Also Demokratie, weg damit.

Doch nun zu den öffentlichen Dienstleistungen.

Schon lange haben private Dienstleister ein Auge auf die Filet-Stücke des öffentlichen Dienstes geworfen.

Aber wohlgermerkt nur die Filet-Stücke. Stellt man fest, dass die Buslinie in irgendein entlegenes Dorf nicht rentabel ist, - kein Problem - wird die Linie halt eingestellt. Dann bleiben eben alle ohne Privatwagen zuhause.

Kann nicht sein, werden jetzt einige sagen. Werfen wir einen Blick nach Kalifornien, wo ein ähnliches Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko bereits in Kraft ist. Beispiel Strom. Kleinere Siedlungen werden dort längst nicht mehr mit Strom von den Konzernen beliefert. Also wird man Selbstversorger oder mit Strom ist es aus. Ein anderes Beispiel unüberlegter, auf reinen Profit ausgerichteten Liberalisierung öffentlicher Dienstleistung, vor dem neuen GATS-

Abkommen. Wer einmal mit der englischen Eisenbahn gefahren ist, weiss wovon wir reden. Unfälle, Verspätungen, 10 verschiedene Fahrpläne zeugen davon wie weit es her ist mit der vielgepriesenen neuen Effizienz nach der Privatisierung.

Bildung als Ware in privater Hand? Zugänglich nur für die Besserverdienenden? Medizinische Grundversorgung eine Ware?

Der Zugang zu Dienstleistungen ohne Ansehen der Person gehört zu den Grundrechten in Europa und ist unverzichtbarer Bestandteil des europäischen Gesellschaftsvertrages.

Die europäischen Gewerkschaften sind wieder einmal gefordert.

Widerstand und Protest sind angesagt. So einfach werden wir uns unsere Grundrechte nicht nehmen lassen.

Nico Clement

CHANGEMENT d'ADRESSE et/ou d'EMPLOYEUR

Il est important de communiquer vos changements d'adresse, de patron, non seulement à la commune, à l'employeur, à vos établissements financiers, au Centre Commun de la Sécurité Sociale (Département Affiliation), à la Caisse Médico-Chirurgicale Mutualiste, mais également à votre syndicat.

Avis de changement à découper et à envoyer à l'OGB•L, Monsieur Albert Hirtz - B.p. 149 - L-4002 Esch/Alzette
ou à faxer au (+352) 54 16 20

Nom et prénom: Matricule de Sécurité Sociale:.....

Matricule OGB•L: Date de naissance:.....

CHANGEMENT D'ADRESSE

Anciennement:

Rue et numéro

Code postal..... Localité

Actuellement:

Rue et numéro

Code postal..... Localité

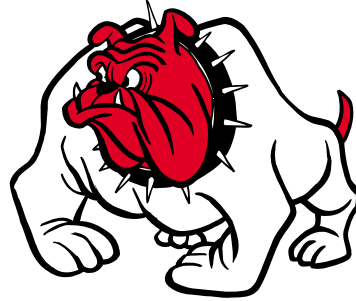
CHANGEMENT D'EMPLOYEUR

Anciennement:.....

Actuellement:.....



Chienne de Vie



"CALCUL DISCRIMINATOIRE DE LA RETRAITE FRANCAISE POUR LES TRAVAILLEURS TRANSFRONTALIERS"

Le Comité de Défense des travailleurs Frontaliers de la Moselle et la section des frontaliers français de l'OGB•L sont intervenus auprès de Monsieur François FILLON, ministre de l'Emploi et de la Solidarité.

Les deux organisations contestent le calcul discriminatoire de la retraite française des travailleurs transfrontaliers. Elles demandent que l'esprit général que dégage le Code de la Sécurité Sociale pour rechercher, définir et calculer les meilleures années soit respecté.

" ... La pension servie aux retraités de la sécurité sociale en France est calculée en pourcentage du salaire annuel moyen, des meilleures années de carrière cotisées à la Sécurité Sociale et donc travaillées en France".

Jusqu'en 1993, on retenait les dix meilleures années. Depuis 1994, en application de la loi Balladur, le nombre de ces meilleures années a augmenté d'une unité chaque année de manière à atteindre vingt-cinq en 2008.

L'application de ces nouvelles règles a pour conséquence de faire baisser années après années le montant des pensions, auxquelles ont droit les nouveaux retraités puisque la prise en compte dans le calcul d'années moins favorables abouti à faire baisser le salaire annuel moyen.

L'exemple suivant: un travailleur né en 1948 qui a travaillé 10 ans en France et le reste de sa carrière à l'étranger, fait la démonstration qu'il est durement pénalisé. On retiendra à terme pratiquement toutes les années travaillées en France au lieu de ne retenir que les meilleures. Si en plus, il a débuté sa carrière professionnelle sur le territoire national et a donc forcément touché des bas salaires (apprentissage etc.) le paroxysme sera complet.

Pour retenir les meilleures années dans ce cas de figure, il faudrait, pour la simple équité imposer, **une période de référence réduite.**

Calcul de la période de référence réduite :

- ♦ 40 années en France correspondent aux 25 meilleures années ;
- ♦ 10 années en France correspondent donc au 6,25 meilleures années (arr. à 6 ans)

On reconnaît ainsi l'esprit général que dégage le code de la Sécurité Sociale et l'on retiendra pour l'exemple proposé les 6 meilleures années.

Il faut donc, dans le contexte général des problèmes qui préoccupent les anciens travailleurs frontaliers ou migrants, que les pouvoirs publics français légifèrent pour amender le code de la Sécurité Sociale **afin de garder l'esprit majeur des textes "retenir les meilleures années". Et ainsi fixer une période de référence réduite proportionnelle par rapport à la durée des années travaillées en France.**

Contact :
Section des frontaliers français
Tél : 03 82 50 32 50
Fax : 03 82 50 32 53
email: ogbl@wanadoo.fr

Philippe Manenti

**Fête interrégionale
du 1er mai
à Dudelange**



Couverture Santé et Prévoyance Transfrontalière



L'OGB+L offre à ses membres depuis toujours une multitude de services dans différents domaines. C'est à ce titre qu'en 1997 nous avons signé un accord de partenariat avec la mutuelle M.G.T.L, affiliée aux Mutuelles de France.

Dans le souci de répondre au mieux à vos attentes et à vos besoins en matière de protection sociale, M.G.T.L vous propose aujourd'hui une nouvelle offre mutualiste "SANTÉ-PREVOYANCE" spécialement créée pour votre statut de Frontalier.



Vous êtes intéressé :

il suffit de retourner le coupon réponse
ci-dessous dûment complété à
M.G.T.L - BP 90 - 54190 VILLERUPT

Vous avez des questions :

n'hésitez pas à contacter un(e) des
conseiller(e) mutualiste M.G.T.L au
03 82 89 20 03

COUPON RÉPONSE À RETOURNER À : M.G.T.L - BP 90 - 54190 VILLERUPT
Je souhaite recevoir le document "Couverture Santé et Prévoyance Transfrontalière"

Régime Local Régime Général

Mr Mme Prénom

Adresse

Code postal Ville



Syndicat Commerce

Plan social chez Courthéoux S.A. / Strassen

Après de longues et parfois pénibles négociations entre direction et syndicats, nous avons réussi à négocier un plan social acceptable pour les salariés concernés en décembre 2002.

Il faut préciser, que la direction générale de Courthéoux S.A. ne voulait à aucun moment négocier un plan social et s'est royalement "foutu de notre gueule".

Seulement après une deuxième réunion devant le conciliateur, la direction a pris connaissance des choses et s'est rendue compte que nous ne sommes pas dans une république bananière et qu'il y a des lois à respecter.

Honteuse l'attitude du PDG du groupe, qui était à plusieurs réunions dans la maison, mais n'a pas jugé opportun de présider les négociations du côté patronal.

Ridicules les affirmations du directeur des Ressources humaines Belux qui, sans gêne, partait d'une entreprise très sociale sachant qu'il signerait deux jours après un plan social où 53 personnes risquent de perdre leur emploi.

Il faut également savoir que le directeur Marketing a annoncé en novembre 2002 devant le personnel un profit de 5 millions d'Euros pour l'année courante.

De nouveau, les salariés doivent payer pour les fautes du management.

Les points principaux du plan social sont les suivants :

- ♦ Les licenciements interviendront au plus tard le 31 décembre 2002 de sorte que les délais de préavis prennent cours le 1er janvier 2003. Les délais de préavis seront ceux légalement prévus par la loi.
- ♦ Les indemnités de préavis légales seront payées en mois le mois.
- ♦ Les personnes licenciées auront droit, de par la durée de préavis de licenciement, au paiement du prorata de la gratification 2003.
- ♦ En surplus de ces avantages légaux nous avons mis en place des mesu-

res d'accompagnement et de compensations financières qui comportent deux parties :

- une partie I applicable à toutes les personnes licenciées.
- une partie II applicable aux personnes licenciées qui n'auront pas repris de nouvel emploi.

Partie I

- Chaque personne licenciée bénéficiera d'un programme "d'outplacement" d'une durée de 6 mois aux frais de Courthéoux S.A.
- Chaque personne licenciée aura droit à une indemnité forfaitaire fixe selon son ancienneté de service à savoir :
 - < 5 ans : 2500.- €
 - 5-10 ans : 5000.- €
 - > 10 ans : 7500.- €

Partie II

- une indemnité variable dont le montant est en fonction de l'ancienneté de service et qui est échelonnée comme suit :
 - < 5 ans : 0,5 mois de salaire
 - 5-9 ans : 2 mois de salaire
 - 10-19 ans : 3 mois de salaire
 - ≥ 20 ans : 4 mois de salaire

Des indemnités complémentaires seront payées si après la fin du préavis (pour une période maximale de 6 mois) les licenciés n'auront pas trouvé un autre job, ceux-ci se verront payer une indemnité de chômage pour les mois écoulés.

Si, au 31 décembre 2003, au moins 20% des personnes licenciées n'ont toujours pas trouvé un nouvel emploi, les mesures pourront être prolongées pour une durée de 3 mois.

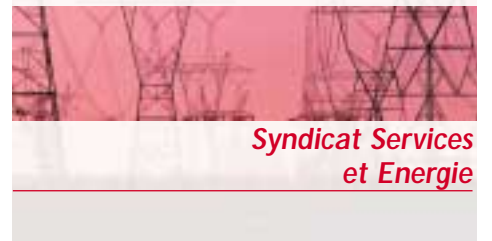
Comptoir des Fers et Métaux Erster Kollektivvertrag für die Arbeiter

Ende Dezember 2002 wurde, nach langen Verhandlungen, die Einführung eines Kollektivvertrages für die Arbeiter der Firma Comptoir des Fers et Métaux der unter Federführung des OGB♦L verhandelt wurde, von den Gewerkschaften OGB♦L und LCGB, dem Betriebs-

rat, sowie der Direktion des Betriebes unterzeichnet.

Alle bestehenden Vergünstigungen der Arbeiter konnten durch diesen Kollektivvertrag abgesichert werden. Außerdem hat die Betriebsleitung beschlossen, für all ihre Arbeiter eine Zusatzpension, auf Kosten des Hauses, abzuschließen.

Die Dauer des Vertrages beträgt 2 Jahre ab dem 1. Januar 2003. Die Verhandlungen fanden in einem fairen Klima und beidseitiger Wertschätzung statt.



Syndicat Services et Energie

SOTEG S.A. Renouvellement de la convention collective de travail pour le personnel ouvrier

Les responsables de SOTEG S.A. d'une part et le syndicat OGB♦L d'autre part, ont conclu les négociations pour le renouvellement de la convention collective pour les ouvriers de SOTEG S.A..

C'est dans un climat de dialogue social constructif que les points suivants ont pu être négociés, et ce avec effet au 1er janvier 2003 :

Augmentation linéaire des salaires

- 1% au 01.01.2003
- 1% au 01.01.2004

Prime unique

Paiement d'une prime unique au 1.01.2003 de 600.- € (indice actuel).

Congé supplémentaire

1 jour de congé supplémentaire pour une ancienneté de 10 ans dans l'entreprise.

Permanences

Une prime de permanence est accordée aux ouvriers et techniciens, ainsi qu'un forfait minimum de 3 heures sup-



plémentaires qui est payé pour toute intervention dans le cadre de cette permanence.

Durée du contrat

2 ans à partir du 1er janvier 2003.

PRESTAGAZ 1er contrat collectif pour les salariés

A la demande et à l'initiative de l'OGB♦L, les syndicats OGB♦L (majoritaire) et LCGB ont enfin pu signer une première convention collective de travail pour les salariés de PRESTAGAZ.

La société Prestagaz ayant son siège à Kleinbettingen et qui occupe une cinquantaine de personnes (en grande majorité des frontaliers belges) a comme activité le stockage et l'enfûtage de gaz propane et butane, ainsi que le reconditionnement des récipients.

Après plus d'un an de négociations, un accord a pu être signé avec le résultat suivant :

Salaires

Établissement d'une grille de salaire basée sur les fonctions dans l'entreprise.

Pécule de vacances

Un pécule de vacances basé sur l'ancienneté du salarié dans l'entreprise est accordé.

Ce montant est de 100.- Euros par année pour les 10 premières années au service de la société. À partir de la 11e année, le pécule de vacance augmente de 5% par année de présence dans l'entreprise.

13e mois et prime de régularité

Une révision des modalités d'octroi et des montants du 13e mois ainsi que de la prime de régularité a été effectuée.

Prime de tournée

Une prime de 2.- Euros par heure est allouée pour les heures prestées après 18.00 heures.

Un supplément de 20 % est payé pour le travail de nuit.

Congé d'ancienneté

1 jour de congé supplémentaire au

congé légal est octroyé pour 10 ans de service et 1 jour de congé supplémentaire pour chaque nouvelle tranche de 10 ans.

Accord de protection

En cas de changements structurels et/ou en cas de réorganisation, un ouvrier âgé de 40 ans ou justifiant d'une ancienneté de 10 ans qui est déplacé à un poste moins bien rémunéré aura droit au maintien de son salaire. Ces mêmes dispositions seront en vigueur pour les ouvriers auxquels on proposera un poste de travail moins bien rémunéré parce qu'ils n'arrivent plus à satisfaire aux exigences du poste occupé.

Durée de la Convention

Cette première convention collective entre en vigueur le 1er janvier 2003 et se termine le 30 juin 2005.



**Syndicat Alimentation
et Hôtellerie**

Entlassungen im Landwirtschaftssektor ?

Kürzlich erfuhren wir aus der Presse, dass die Verantwortlichen der CEPAL mit ihren Partnern (u. a. der Silocentrale, Luxlait Produits, Centralmarketing und Centralfood) wieder einmal ein schwieriges Jahr hinter sich haben und versuchen werden ihre Kräfte zu bündeln, um besser auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

Im Endeffekt heißt das wieder mal nichts anderes, als dass mittelfristig oder gar kurzfristig versucht werden wird dort zu sparen, wo es nach Meinung der Verantwortlichen am einfachsten zu bewerkstelligen ist, nämlich beim Personal.

In der Tat befürchtet der OGB♦L, dass die neue Synergie ein erster Versuch ist, Leute zu entlassen. In der Vergangenheit wurden immer wieder Termine mit den Gewerkschaften ausgesetzt, da die Verantwortlichen nicht wollten, dass die

wirklichen Probleme ihrer Betriebe angesprochen würden. Nachdem eine Sektion der Fleischverarbeitungsbetriebe für einige Tage geschlossen worden war, hatten der OGB♦L Präsident John Castegnaro und der zuständige Zentralsekretär bereits am 16. Oktober 2001 eine Zusammenkunft mit den Verantwortlichen, um über die bestehenden Probleme zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Fakt ist ebenfalls, dass die Gewerkschaften im Jahre 2002 mehrmals versucht haben das Schweigen der Direktion zu brechen und vorschlugen gemeinsam nach Lösungen zum mittel- und langfristigen Überleben dieser Traditionsbetriebe zu suchen. Jedes Mal stießen wir auf taube Ohren und die Mitarbeit der Gewerkschaften war unerwünscht, möglicherweise aus Angst, dass Unstimmigkeiten bei der Betriebsführung ans Licht kommen könnten. Die nötigen Investitionen, die die Gewerkschaften seit Jahren fordern, wurden auf diese Weise wieder einmal verschlafen.

Der OGB♦L ist nicht gewillt Managementfehler die dem Personal schaden, auszubügeln. Wir fordern die Verantwortlichen auf, zusammen mit den Gewerkschaften vernünftige Lösungen anzustreben, anstatt im stillen Kämmerlein Horrorszenarien auszuhecken.





**Syndicat Transformation
sur Métaux et Garages**

**Duscholux Mensdorf
Erneuerung des
Arbeiterkollektivvertrages**

Am 13. November 2002 wurde, nach sehr kurzen Verhandlungen, die Erneuerung des Kollektivvertrages für die Arbeiter der Firma Duscholux in Mensdorf vom OGB♦L und dem gemischten Betriebsrat einerseits, sowie der Betriebsführung andererseits unterzeichnet.

Demnach wird der bestehende Kollektivvertrag für die Dauer von 2 Jahren und zwar vom 1.1. 2003 bis zum 31.12.2004 verlängert.

Folgende Abmachungen, beeinträchtigt durch den Sozialplan im Juli dieses Jahres, wurden festgehalten:

- ♦ Allgemeiner Verzicht auf eine Lohnenerhöhung für die Dauer dieses Kollektivvertrages.
- ♦ Eine Sonderprämie für gute Ideen bei messbaren Verbesserungsvorschlägen
- ♦ Eine Weiterzahlung der Gehälter von dem laufendem Monat sowie von drei weiteren Monate an die oder den Hinterbliebenen im Falle des Todes eines Arbeiters oder einer Arbeiterin der Firma Duscholux.
- ♦ Eine Überarbeitung des Kollektivvertrages, wobei die Betriebsleitung die Unkosten der Erstellung und der Übersetzung in französisch und portugiesisch übernimmt.

**Rotarex Rapid Development
Echternach
(Ceodeux Rotarex Gruppe)
Erster Kollektivvertrag für
Arbeiter und Angestellte**

Am 11. November 2002 wurde nach langen Verhandlungen, die Einführung eines Kollektivvertrages für die Arbeiter und Angestellten der Firma Rotarex Rapid Development, die 1998 die Firma Electrolux Rapid Development übernahm, vom OGB♦L und dem gemischten Betriebsrat einerseits, sowie der Betriebsführung andererseits unterzeichnet.

Demnach wurden die ersten Kollektivverträge, für die Dauer von 27 Monaten und zwar vom 1.10.2002 bis zum 31.12.2004 festgelegt.

Folgende Abmachungen wurden festgehalten:

- ♦ Mit den Löhnen und Gehälter von Dezember 2002 wird eine einmalige Prämie von 100 EUR ausbezahlt.
- ♦ Ab dem 1. Januar 2003 gilt eine allgemeine monatliche Lohnerhöhung von 24,96 EUR für jeden Arbeiter und Angestellten, sowie eine selektive Lohnerhöhung von 0,5 % für die Arbeiter und Angestellten.
- ♦ Ab dem 1. Januar 2004 gilt eine allgemeine monatliche Lohnerhöhung von 24,96 EUR für jeden Arbeiter und Angestellten, sowie eine selektive Lohnerhöhung von 0,5 % für die Arbeiter und Angestellten.

Alle Arbeiter und Angestellte welche vor dem 1. Juli 1998 unter Electrolux Rapid Development-Vertrag eingestellt wurden behalten ihre erworbenen Rechte.



**Syndicat Education et Sciences,
Enseignement Socio-Educatif**

**Personalratswahlen bei der
Fondation und der
Société Coopérative Kräizbiereg
ALLE MANDATE
FÜR DEN OGB♦L**

Am Freitag, den 13. Dezember 2002 war der Termin für die Wahlen neuer Personalvertretungen für die Betriebe Fondation Kräizbiereg und Société Coopérative Kräizbiereg. Zu wählen waren für die Angestelltendelegation der auf Kräizbiereg in Düdelingen angesiedelten Betriebsteile jeweils vier Effektiv- und Ersatzdelegierte und ebenso vier Delegierte und Ersatzdelegierte der Arbeiter und Arbeiterinnen. Des Weiteren waren vier Vertreterinnen und Vertreter sowie Ersatzvertreter der Angestellten der „Foyers“ und ein Delegierter und Ersatzdelegierter der Arbeiter der Wohnstrukturen zu wählen.

Da außer den OGB♦L-Listen zum Stichdatum im November keine anderen Kandidatenlisten vorlagen, wurden die OGB♦L-Vertreterinnen und -vertreter den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend als gewählt erklärt.

Bis zum Wahltermin 2008 werden die Interessen des Personals der Fondation und der Société Coopérative Kräizbiereg also auch wie bisher von 26 OGB♦L-Delegierten vertreten.

**Angestelltendelegation des Site
Kräizbiereg**

Roger FLAMMANG
Léa FOUBERT
Marc LOESCH
Pol MULLER

**Ersatzdelegierte der Angestellten
des Site Kräizbiereg**

Christoph KORBACH
Jérôme HEIRAND
Guy BINZ
Luc PEZZIN

Arbeiterdelegation des Site Kräizbiereg
Mike FACCHIN

Nouvelles coordonnées du Secrétariat européen commun de la CGT-L et du LCGB

Die neue Adresse des Europasekretariats der CGT-L und des LCGB lautet:

40, boulevard Napoléon 1er - L-2210 Luxembourg

Tél.: (+352) 29 68 94-1

Fax: (+352) 40 63 61

email: secec@vonet.lu - internet: www.secec.net



Michel LEBLOND
Carlo LIMPACH
Ermanno PIERINI

Ersatzdelegierte der Arbeiter des Site Kräizbiérg

Mario MEZZAPESA
Bernd ELLER
Gilles FRAPPIER
Joaquim FERREIRA DA SILVA

Angestellendelelegation der Wohnstrukturen der Fondation Kräizbiérg

Marion HUBERTY
Brigitte MAI-HOLBACH
Detlef PORTESET
Patricia ZIMMERMANN

Ersatzdelegierte der Angestellten der Wohnstrukturen der Fondation Kräizbiérg

Lydia BREDIN-KONZ
Ulrike ETTLEBRÜCK
Francine SCHNEIDER
Dieter MAI

Arbeiterdelegierte der Wohnstrukturen der Fondation Kräizbiérg

Marlene LUKAS

Ersatzdelegierter der Arbeiter der Wohnstrukturen der Fondation Kräizbiérg

Joël TERNES



**Syndicat Banques,
Assurances, Fiduciaires**

Imposition des prêts hypothécaires aux employés du secteur financier La révision du taux de référence légal s'impose d'urgence

L'OGB♦L/SBA ainsi que la section d'entreprise OGB♦L/BGL contestent vigou- reusement le taux de référence légal actuellement en vigueur et servant à l'imposition de l'avantage en nature lié aux prêts hypothécaires accordés aux employés du secteur financier.

Actuellement le taux de référence appliqué au calcul de cet avantage est fixé à 5,5% alors que le taux hypothécaire « du marché » pratiqué par les

banques avec leur clientèle privée est largement inférieur. Il va de soi que seul un taux d'intérêt inférieur aux taux du marché constitue un avantage en nature imposable. L'OGB♦L/SBA et la section d'entreprise OGB♦L/BGL insistent à ce que le taux de référence légal soit revu et adapté au taux du marché actuel.

Dans ce contexte l'OGB♦L/SBA a demandé une entrevue d'urgence avec le Ministre des Finances, l'Administration des Contributions et les responsables des différents partis politiques.



Gewerblicher Straßengüterverkehr Christlicher Zickzackkurs

In einer freien Tribüne im „Luxemburger Wort“ vom 9. Januar 2003, möchte der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsbunds dem OGB♦L Lektionen in Sachen gewerblicher Straßengüterverkehr erteilen und verlangt, der OGB♦L solle endlich seine Karten auf den Tisch legen.

Auf das Spiel seiner eigenen Gewerkschaft geht Weber nicht ein. Die Zusammenfassung des christlichen Zickzackkurs sieht wie folgt aus:

- ♦ Am 6. März 2002 unterzeichnen die zwei christlichen Gewerkschaften, zusammen mit OGB♦L und FNCTTFEL einen Brief an den Arbeitgeberverband „Groupement Transport“, in welchem sie mitteilen, dass im Rahmen eines Referendums, das Angebot der Arbeitgeber zu 90 Prozent von den Fahrern verworfen wurde.
- ♦ Am 5. Juli 2002 unterzeichnen die christlichen Gewerkschaften einen gemeinsamen Brief an das nationale Schlichtungsamt.
- ♦ Am 8. November 2002 plädieren die christlichen Gewerkschaften vor dem Nationalen Schlichtungsamt für die Unterzeichnung eines Nichteinigungs-Protokolls im Streitfall um die

Erneuerung des Kollektivvertrags für die Lkw-Fahrer.

- ♦ Am 15. November 2002 unterzeichnet die christliche Gewerkschaft das vom Schlichter vorgelegte Nichteinigungsprotokoll.
- ♦ Am 16. November 2002 bestätigen die christlichen Gewerkschaften öffentlich auf einer Fahrerversammlung in Bartringen ihre Beteiligung an einer Sensibilisierungskampagne bei den Lkw-Fahrern, die am darauffolgenden Tag beginnen sollte.
- ♦ Am 17. November 2002 glänzen die christlichen Gewerkschaften bei der abgemachten Sensibilisierungsaktion auf Findel durch Abwesenheit. Nicht einmal eine Absage liegt zu diesem Zeitpunkt vor.
- ♦ Am 21. November 2002 widmen die christlichen Eisenbahner der Aktionen der Lkw-Fahrer vom 17. November eine ganze Seite in ihrer Zeitung und geben den Anschein, als ob auch sie dabei gewesen wären.
- ♦ Am gleichen Tag, also am 21. November 2002, erfährt der OGB♦L über die Presse, dass die christliche Gewerkschaften sich nicht am Streik beteiligen werden. Plötzlich haben sich anstatt der vormals angegebenen 90 Prozent nicht einmal mehr 75 Prozent ihrer Mitglieder für einen Streik ausgesprochen. Die christliche Gewerkschaft erklärt sich aber trotz allem solidarisch.
- ♦ Am 26. November 2002 versucht die christliche Gewerkschaft, obwohl sie absolut minoritär in diesem Sektor vertreten ist, im Alleingang Verhandlungen mit dem Patronat zu führen. Erst nach Protesten des OGB♦L verzichtet die christliche Gewerkschaft auf ihr Vorhaben.
- ♦ Am 9. Januar 2003 kommt Weber in seinem LWV-Artikel zur Schlussfolgerung, die missliche Lage sei auf den „Krieg“ zwischen OGB♦L und Landesverband zurückzuführen.

Hierzu folgendes: Einen Krieg zwischen OGB♦L und Landesverband hat es nie gegeben. Auf Lektionen seitens christlicher Schlaumeier können wir gerne verzichten.

Fest steht, dass auch der OGB♦L nicht glücklich über die aktuelle Sachlage ist.

Wir hoffen, dass die Arbeitgeber dem Gesuch aller Gewerkschaften nachkommen und zurück an den Verhandlungstisch kehren.

**Service Catering
"On est en plein dérapage",
selon Thierry Schreiner
(ressources humaines)**

La paix sociale au sein de Luxair ne semble pas être pour aujourd'hui. Après que le directeur des ressources humaines avait de nouveau menacé de fermer le service "Catering", les délégations du personnel ont réagi d'une manière déterminée.

Comme raison d'une éventuelle fermeture, la direction a invoqué la productivité et la rentabilité, la qualité et l'organisation interne du service. Finalement, les partenaires sociaux ont installé un groupe de travail qui a comme mission de faire une analyse du service "Catering" et de présenter des solutions pour remédier à la situation peu motivante pour le personnel. Lors des réunions du groupe de travail au cours du mois de décembre 2002, auxquelles des représentants du personnel du service concerné ont participé, ont été retenus les points suivants :

◆◆◆ Favoritisme

Les plans de travail sont établis selon une politique de favoritisme. Cette politique est complétée par des menaces et du chantage de certains responsables envers les ouvriers et ouvrières au cas où ceux-ci refuseraient de prêter des heures supplémentaires respectivement de venir travailler un jour "off".

Souvent, les plans de travail prévoient 8, 9 ou 10, voire plus de jours continus. Pire : Les heures supplémentaires font partie de la programmation des plans de travail. La réalisation d'heures supplémentaires ne se fait pas à tour de rôle. Ceux qui refusent de travailler des heures supplémentaires risquent de se voir refuser leur jour "off".

◆◆◆ Dressage militaire

Selon un décret ordonné par la direction du service Catering, l'ensemble du personnel est forcé de faire une pause-cigarette, respectivement une pause-

café de 5 minutes à 10 heures du matin. La demi-heure de pause prévue par la convention collective se fait, pour tout le monde, à 7 heures du matin, respectivement à 9h30, tout en sachant que le personnel commence le travail à 4 heures du matin. Pendant cette pause, il est interdit de manger. Le manger est pris seulement à 12h15. Ce rythme est contraire au rythme biologique naturel et nuit à la santé. Il est encore interdit de parler pendant le travail ou d'écouter la radio.

◆◆◆ Stress au travail et harcèlement moral et sexuel

Les nombreuses heures supplémentaires réalisées dans le service Catering, démontrent que le personnel est en sous-effectif. Le stress au travail est devenu normal. Les responsables crient avec leur personnel. Plusieurs cas précis de harcèlement sexuel envers des femmes sont connus. Le climat de travail laisse fortement à désirer.

◆◆◆ "Travaillez plus vite, ça chauffe !"

Les températures, par exemple, en cuisine froide varient entre 4°C et 15°C. Très souvent, le personnel tremble de froid durant toute la journée de travail. Par ailleurs, il est interdit au personnel de chauffeur du lait ou de faire une pause pour reprendre de la chaleur. La réponse de certains responsables : "Travaillez plus vite, ça chauffe !" Le travail dans le froid se fait sans que Luxair mette à la disposition du personnel des vêtements ou sous-vêtement spéciaux contre le froid.

◆◆◆ La grande bouffe des restes

Luxair offre à son personnel au Catering des repas qui, en fin de compte, sont les restes de ce qui n'a pas été utilisé pour la préparation des repas en "business class". Par exemple, la viande déjà cuite, est stockée pendant une semaine, pour être cuite une deuxième fois et servie aux ouvriers(ières). Parfois, la nourriture offerte au personnel n'est pas mangeable.

◆◆◆ Taux de maladie élevé

La direction reproche au personnel que le taux de maladie est trop élevé au service Catering. Or, en tenant compte de

tous les éléments dont nous possédons actuellement, cela ne nous surprend pas.

Par ailleurs, le département des ressources humaines, tout en étant au courant de la situation au service Catering, continue à licencier des salariés sous prétexte qu'ils présentent un taux d'absentéisme trop élevé.

Dans ce contexte, l'OGB♦L a adressé, en date du 17 janvier 2003, des lettres de réclamations au Ministre du Travail et de l'Emploi, au Ministre des Transports, au Ministre de la Promotion Féminine, au Directeur de l'Inspection du Travail et des Mines de même qu'au Directeur général de Luxair. L'OGB♦L est d'avis que la responsabilité de l'Etat luxembourgeois, en tant qu'actionnaire principal de Luxair, dans ce dossier est également engagée. Affaire à suivre...

**Bilanz nach vier
Jahren Chancengleichheit**

Vier Jahre nach der Einführung der Chancengleichheitsbeauftragten, ist die Bilanz eher nüchtern: ein Gesetz, viele Sonntagsreden und wenig Konkretes in den Betrieben. Bleibt die Frauenförderung bei der aktuellen Konjunkturlage nicht auf der Strecke?

Seit 1998 gibt es die ersten Delegierten für Chancengleichheit in den Betrieben. In dieser Zeit bin ich vielen engagierten Militantinnen und Militanten begegnet, die sich bemühen, auf diesem Gebiet etwas zu bewegen. Leider muss ich feststellen, dass uns die Politik hierbei im Stich gelassen hat. Auf Direktionsebene wird diese neue Aufgabe oftmals nur belächelt. Doch auch im Betriebsrat selbst wird diese Arbeit allzu oft nur toleriert anstatt gefördert. Weder die Gewerbeinspektion noch das Ministerium für Frauenförderung haben auf einen Brief von mir reagiert, der ganz deutlich auf krasse Unregelmäßigkeiten bei Luxair hingewiesen hat. Der Brief bleibt bis dato unbeantwortet! Als OGB♦L mussten wir kämpfen, damit in unseren Kollektivverträgen sowohl Männer als auch Frauen genannt werden.

Bis zuletzt wollte der Luxair-Personal-



chef, mit tatkräftiger Unterstützung der christlichen Fraktion, eine Modernisierung der Kollektivvertragstexte verhindern. Die Schlacht haben wir nun gewonnen. Sowohl der Angestellten- als auch der Arbeiterkollektivvertrag berücksichtigen die weibliche und die männliche Form.

Was müsste also geschehen ?

Der/die Gleichstellungsdelegierte müssen legalen Zugang zu den Gehältern haben, damit Ungleichheiten auf diesem Gebiet aufgedeckt werden können ! Danach wäre eine Möglichkeit Gehältereinstufung nach dem Abakaba-Prinzip, das auf der Bewertung von Gehältern beruht, einzuführen. Der Vorteil : Die spezifischen Fraueneigenschaften werden im gleichen Masse bewertet wie typische Männerfähigkeiten. Beispiel: Sozialen Eigenschaften wie sie in Dienstleistungsbetrieben zur Anwendung kommen, werden genau so Rechnung getragen wie technischen Kenntnissen. Im Vorfeld muss jedoch abgeklärt werden, dass niemand Lohn einbüßen erleidet. Eine eventuelle Umstrukturierung der Lohntabellen macht vielen Arbeitge-

bern Angst. Sie befürchten eine Erhöhung der Personalkosten. Deshalb müssen Kompromisse und Zeitaufschübe einprogrammiert werden.

Ist Frauenförderung gegen das Leistungsprinzip ?

Das Leistungsprinzip an sich, ist nicht in Frage gestellt, aber die Definition schon. Die Tatsache, dass eine Kollegin oder ein Kollege sich um die Familie kümmert, heißt nicht, dass dieser oder diese weniger Interesse an seinem Betrieb zeigt. Für eine schwangere Mitarbeiterin, darf die Auszeit nicht länger ein gleichzeitiges Aus ihrer Karriere bedeuten. Selbstverständlich ist auch der Staat gefordert, um Anfangstrukturen zu schaffen. Darüber hinaus müsste in den Betrieben eine Familienfreundlichere Politik betrieben werden. Würden sich mehr Männer um ihre Kinder kümmern oder die Aufsicht teilen, würden diese Nachteile schnell behoben werden! Es geht aber nicht nur um Frauen mit Kindern! Warum findet man im Allgemeinen sowenig Frauen in Führungspositionen? Hiervon betroffen sind auch die Frauen, die keine Kinder haben und nie aufgehört haben zu arbeiten.

Es gibt mehrere Ursachen hierfür :

- a) Viele Männer schützen ihre Vorherrschaft und wollen bewusst unter sich bleiben. Gelangen mehr Frauen in die Chef-Etage, werden Notgedrungen einige Männer auf der Strecke bleiben ! Männliche Führungsmitglieder könnten hier eine Änderung herbei führen, was sehr wünschenswert wäre.
- b) Viele Frauen zögern und fühlen sich nicht wohl in der Männerwelt. Hier müsste gezielt Frauenförderung stattfinden: Seminare, Gender und Mentoring.
- c) Es wird immer Frauen und Männer geben die keine Verantwortung übernehmen wollen und können. Es sollte auch niemand dazu gezwungen werden der nicht will!

Bemerkenswert ist immer wieder die Haltung in zahlreichen Unternehmen, Sportler oder Sportlerinnen im Betrieb zu unterstützen, deren Abwesenheiten, bedingt durch ihr Hobby akzeptiert, aber kein Entgegenkommen zeigt, wenn es um familiäre Prioritäten geht!

*Annette Schuler-Vandeputte
Gleichstellungsdelegierte Luxair*

Les congés dans le secteur de la construction

En fin d'année, un nombre important de calculs de vérification vous sont dus ! Notamment les calculs de la prime de fin d'année et de l'indemnité pour congés sont à effectuer. Cet article s'étend sur les congés dans le secteur de la construction, nous allons revenir sur la prime de fin d'année dans la prochaine édition de l'Actuel.

Congés et rémunération

Le nombre des jours de congé et leur rémunération ne sont pas identiques dans tout le secteur de la construction. Quelques professions appliquent le congé collectif, dont les périodes sont fixées comme suit:

Convention collective

Bâtiment et Génie Civil
Installateurs
Façadiers

Congé d'hiver 2002

du 21 décembre 2002 au 08 janvier 2003
pas de congé collectif prévu
pas de congé collectif prévu

Congé d'été 2003

du 25 juillet au 17 août 2003
du 04 août au 24 août 2003
du 26 juillet au 17 août 2003

Il est possible de prolonger le congé collectif d'une semaine en travaillant des heures supplémentaires ou des samedis et de récupérer ces heures avec le congé collectif. Dans ce cas, les heures de récupération ne donnent pas droit à une majoration salariale pour heures supplémentaires. Les dates du congé prolongé et le calendrier de la récupération sont à fixer en accord avec la délégation du personnel ou, à défaut, avec les travailleurs concernés.

.../...

Jours de congé par année

Convention collective	Jours de congé annuels	dont congé collectif	Congé pour visite médicale par année
Bâtiment	27 jours	10 jours en hiver + 15 jours en été = 25 jours	/
Carreleurs	25 jours	Pas de congé collectif	/
menuisiers	25 jours	Pas de congé collectif	2 x 4 heures
installateurs	26 jours	14 jours en été	/
peintres	26 jours	Pas de congé collectif	8 heures
couvreurs	26 jours	Pas de congé collectif	/
façadiers	25 jours	14 jours en été	2 x 4 heures
électriciens	26 jours	Pas de congé collectif	2 x 4 heures

Rémunération du congé

Pendant la durée du congé, les salariés ont droit à une indemnité de congé correspondant à la rémunération d'autant d'heures de travail comme s'ils avaient travaillé normalement. Le calcul de l'indemnité de congé se fait sur base du salaire journalier moyen des trois derniers mois précédents. Quelques métiers dans le secteur de la construction ont cependant une formule spéciale qui prévoit que la rémunération est faite sous forme d'un supplément de salaire qui se base sur le salaire brut annuel :

bâtiment : 11.77 % - carreleurs : 10.90 % - couvreurs : 11.34 % - façadiers : 10.90 %

Comment vérifier le calcul ?

On peut facilement vérifier son calcul du congé à la fin de l'année en additionnant les salaires bruts mensuels, qui sont alors multipliés par le pourcentage (11,77%, 11,34% ou 10,90%). Après avoir déduit le montant du congé qui vous a été payé (fiches de salaire), on obtient le solde à payer. Attention : le montant du congé déjà payé est à déduire du salaire brut annuel avant la multiplication par le facteur d'en haut.

Exemple de calcul (bâtiment):

	Salaire brut	congé pris	solde
jan. 02	2100.00	900.00	141.24
fév. 02	1800.00	0.00	211.86
mars 02	2200.00	0.00	258.94
avr. 02	2300.00	0.00	270.71
mai 02	2100.00	0.00	247.17
juin 02	2000.00	0.00	235.40
juil. 02	2100.00	450.00	194.21
août 02	2100.00	1000.00	129.47
sep. 02	2200.00	0.00	258.94
oct. 02	2200.00	0.00	258.94
nov. 02	2100.00	0.00	247.17
déc. 02	2000.00	150.00	217.75
TOTAL 2002	25200.00	2500.00	2671.79

---> **congé 2002**

Salaire brut annuel 2002	25'200.00
congé payé	2'500.00
Solde congé à payer pour 2002	171.79

Le secrétariat du syndicat bâtiment se tient à votre disposition pour vous aider à faire le calcul. Contactez-nous au 54 05 45-293 pour fixer un rendez-vous.





ENTREVISTA EM LISBOA PARA DEFENDER A CONTAGEM DO TEMPO DE SERVIÇO MILITAR

Foi para defender a posição dos emigrantes e as suas reivindicações que o porta-voz da Comissão do Luxemburgo, Eduardo

Dias, se deslocou a Lisboa para se reunir com o Grupo de Trabalho Interministerial formado por representantes dos Ministérios da Defesa, do Trabalho e da Solidariedade Social, da Secretaria de Estado das Comunidades Portuguesas e dos organismos da Segurança social.

As promessas que foram feitas às Comissões de França e do Luxemburgo tem de ser cumpridas. Para nós é extremamente importante que todos aqueles que prestaram ou que prestam um serviço ao país por dever e obrigação legal devem ser reconhecidos pelo Estado a nível da segurança social como era e é previsto em toda a legislação sobre o serviço militar desde 1937.

Para o cumprimento integral desta determinação legal os cidadãos devem ser incluídos na segurança social. Nós defendemos esta solução para todos os ex-militares, quer tenham estado ou não nas ex-colónias, quer tenham estado ou não em zonas de combate ou de risco, quer os que fizeram o serviço militar unicamente em Portugal ou nas regiões autónomas dos Açores e da Madeira e, também, os actuais jovens militares cujo tempo de serviço não está a ser contado.

Queremos a contagem de todo o tempo de serviço militar e não apenas a bonificação do tempo de serviço como está previsto na Lei n.º 9/2002, de 11 de Fevereiro, que é discriminatória e injusta sobretudo para os emigrantes. Com efeito esta lei apenas contempla os cidadãos que tenham prestado o serviço militar em algumas ex-colónias e unicamente para aqueles que são subscritores da CGA ou sejam beneficiários do sistema de solidariedade e segurança social.

É evidente que se todos aqueles que foram ex-combatentes (artigo 1.º da Lei n.º 9/2002) forem contemplados já se está a dar um grande passo na solução deste problema. Não se pode, nem deve esquecer que a maioria dos emigrantes trabalhou na agricultura nos anos 60 e 70 e neste sector não havia qualquer regime de segurança social. Não se pode exigir dos cidadãos aquilo que eles não podem cumprir. Não se pode ser beneficiário de um regime de segurança social que não existia.

Hoje fazem parte dos regimes da segurança social dos países para onde emigraram e não podem beneficiar de uma pensão antecipada porque lhes falta o tempo de serviço.

A nossa principal e primeira reivindicação é que a Segurança Social portuguesa possa atestar através do formulário comunitário E/205, previsto pelo Regulamento CEE 1408/71, o tempo de serviço militar.

A contagem desse tempo vai permitir que os nossos compatriotas residentes na União Europeia, na Suíça ou nos países com quem Portugal tenha acordos em matéria de Segurança Social, possam beneficiar da contagem do tempo de serviço militar para obterem a reforma antecipada.

É profundamente injusto que os emigrantes sejam as vítimas dum sistema que não é capaz de lhes dar o que legalmente lhes é devido quando eles são em contrapartida um dos principais contribuintes para a economia nacional através das suas remessas que anualmente atingem mais de 3 mil milhões de Euros (mais de 600 milhões de contos).

As promessas feitas pelos Secretários de Estado da Defesa e da segurança Social devem ser cumpridas.

Não nos obriguem a vir para a rua manifestar. A resolução deste problema é mais do que um imperativo ético-político. É uma obrigação de lei.

Ouçã a



todas as 3as Feiras

entre as 19H00 e as 20H00

Programa "OS VOSSOS DIREITOS"

EDUARDO DIAS

esclarece e responde às questões dos ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Pode colocar as suas questões através do telefone 54 94 18

ou escreva para **Radio Amizade**

Programa "Os Vossos Direitos"

45, rue du Canal L-4050 ESCH/ALZETTE



John Castegnaro
Président

"Ensemble, assurons l'avenir"

... le mot d'ordre de la diète confédérale de l'OGB♦L qui s'est tenue ce 24 janvier 2003 a également été repris pour la campagne que nous avons lancée à cette occasion en vue des élections sociales du 12 novembre prochain.

Les coulisses impressionnantes de cette diète confédérale, la présence de plus de 600 délégués, hommes et femmes, venus de toutes les structures de l'organisation, ont démontré à souhait la solidarité et la force de l'OGB♦L. Ces femmes et ces hommes, qui représentent les quelque 53.000 membres de l'OGB♦L, sont pleinement conscients de leur responsabilité. L'ordre du jour de la diète confédérale reflétait l'actualité : au-delà de toute polémique, les débats ont porté sur les problèmes économiques et socio-politiques actuels. D'illustres invités se sont exprimés au sujet de la crise économique que nous traversons aujourd'hui et des évolutions en Europe et dans le monde. A l'occasion de ce rassemblement, l'OGB♦L a voulu souligner qu'il traite au quotidien - donc également en-dehors des diètes confédérales - de questions essentielles, pour ne pas dire vitales, touchant aux intérêts du pays et des personnes.

Une société solidaire

Autre thème dominant de la diète confédérale : notre engagement permanent en faveur d'une société solidaire basée sur plus de démocratie au travail, sur une répartition équitable des richesses produites, sur le respect mutuel et l'égalité des chances.

Marqués par la décision d'Arcelor de fermer plusieurs hauts-fourneaux, par la faillite d'Euromotor et par la tentative arrogante - mais déjouée par l'OGB♦L - des dirigeants de SES-Astra de licencier en catimini 32 personnes, les participants à la diète confédérale ont pris conscience d'une nouvelle réalité, celle de la culture d'entreprise non solidaire, celle de l'illusion de la mondialisation, celle de l'avidité du gain.

L'OGB♦L veut faire progresser, au Luxembourg, la modernisation du droit syndical et

réclame l'adoption prochaine de la nouvelle loi sur les conventions collectives. Nous avons réaffirmé notre soutien inconditionnel en ce sens au ministre de l'Emploi et du travail.

Rencontre au sommet avec le gouvernement

La rencontre avec le gouvernement, souhaitée depuis longtemps par l'OGB♦L, a enfin eu lieu le 27 janvier : constructive et informative, elle a également été l'occasion d'engagements concrets. Le ministre d'Etat a salué la collaboration et la coresponsabilité positives - quoique critiques - de l'OGB♦L dans de nombreux domaines. Lors de cet entretien, tous les thèmes repris dans les résolutions de la diète confédérale ont évidemment été abordés. Les problèmes existants feront l'objet de discussions bilatérales avec les ministres compétents au cours des prochaines semaines.

Cette rencontre a essentiellement porté, toutefois, sur la situation économique et sociale du pays, ainsi que sur le renforcement de l'article 442.1 du Code pénal prévu par le gouvernement. Par ailleurs, le gouvernement et l'OGB♦L se sont accordés à reconnaître le non-sens d'une politique restrictive dans la conjoncture actuelle et l'opportunité des deux grandes réformes fiscales. L'importance de la Tripartite, tant de la Tripartite sur la sidérurgie que la Tripartite nationale, a également fait l'unanimité. C'est pourquoi il importe de préserver ces instruments. Instaurer la confiance au plus haut niveau, c'est garantir - y compris en période de crise - la défense des intérêts du pays et en particulier des personnes qui y travaillent et y vivent. L'OGB♦L est et reste un partenaire fiable. Sa force en fait un représentant influent et respecté des travailleurs, au sein et en-dehors de la Tripartite.

L'OGB♦L, syndicat dynamique

Près de 53.000 membres ; signature d'un accord de synergie avec les pharmaciens

sans officine, de formation universitaire, qui ont confié à l'OGB♦L la négociation de leur convention collective et la défense de leurs intérêts ; aboutissement des discussions avec le gouvernement.

Celui-ci partage les craintes de l'OGB♦L face au risque potentiel d'une limitation sensible des libertés et des possibilités d'actions syndicales en cas de renforcement du Code pénal. Le ministre d'Etat a personnellement proposé une refonte de l'article 442-1 controversé afin de garantir ces libertés. En novembre 2002, l'OGB♦L était déjà intervenu à ce sujet auprès du ministre de la Justice pour critiquer et rejeter ledit article 442-1, et avait annoncé la création d'un comité d'action.

12 février : élection de la délégation du personnel à la BGL

La place financière de Luxembourg reste, en dépit des décisions arrêtées à Bruxelles, le pilier central de notre économie. Il s'agit désormais d'aborder les nouveaux défis de façon positive et de préparer l'avenir. Notre potentiel en personnel hautement qualifié constitue un capital humain extraordinaire, qui est parfaitement en mesure d'assurer l'avenir de la place financière. L'OGB♦L est intervenu dans ce sens auprès du Gouvernement et de l'ABB.L.

L'heure est à la pondération, car il importe de préparer sérieusement l'avenir dans le cadre d'un dialogue entre partenaires responsables et égaux en droits : les syndicats et les travailleurs. Dans ce contexte, l'élection de la délégation du personnel chez BGL/Fortis, le 12 février 2003, revêt une importance majeure. Dans la longue tradition des délégués OGB♦L, les 36 femmes et hommes inscrits sur la liste OGB♦L sont la meilleure alternative en termes de représentation et de défense des intérêts du personnel. Leur proximité avec ce personnel, avec les différents groupes de travail, avec tout un chacun, garantit une représentation et une défense optimales des intérêts des travailleurs. Bonne chance !





Le programme de formation 2003

Février 2003

Réf.	Date	Intitulé du cours/séminaire	Niveau/ Module	L
3040	11.02.2003	Droit du travail, droit social Les sources d'informations via internet	-	F
3051	12-13.02.2003	Kommunikation, die grösste Macht der Welt	1	L/A
3060	13.02.2003	Arbeits- und Sozialrecht im Internet	-	L
3071	20-21.02.2003	Le bien-être au travail : maîtrise des risques professionnels	1	F
3002	20-21.02.2003	Les élections sociales	1	F
3080	21.02.2003	Gender Training <i>Suite du cours de formation niveau 1/2002</i>	2	F
3100	24-25.02.2003	Délégué du personnel dans son entreprise, s'entraîner pour le devenir	2	F
3111	26-27.02.2003	Prise de parole	1	F

Mars 2003

Réf.	Date	Intitulé du cours/séminaire	Niveau/ Module	L
3120	07.03.2003	La violence faite aux femmes sur leur lieu de travail	-	F
3030	10-11.03.2003	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Neue Ansätze	-	L/A
3140	13-14.03.2003	Syndicalisme et valeurs syndicales	-	F
3072	20-21.03.2003	Le bien-être au travail : maîtrise des risques professionnels	2	F
3003	20-21.03.2003	Les élections sociales	2	F
3152	21.03.2003	Alkoholmissbrauch im Betrieb	2	L/A
3503	22.03.2003	Les techniques de réunion, animer une équipe syndicale <i>Formation spécifique du département des immigrés</i>	-	F
3161	24-25.03.2003	Versammlungen und Sitzungen effizient leiten – Diskussionen produktiv führen	-	L/A
3170	27-28.03.2003	Délégué du personnel dans son entreprise, s'entraîner pour le devenir	1	F

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).



Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).



**COURS DE FORMATION SPECIFIQUES POUR CANDIDATS OGB•L
ELECTIONS SOCIALES 2003**

L' OGB•L offre à toute personne décidée d'être candidat aux élections sociales le 12 novembre 2003 une formation spécifique destinée à transmettre aux futurs représentants du personnel les compétences et le savoir-faire incombant à l'exercice du représentant du personnel dans l'entreprise.

Un calendrier par syndicat est proposé aux candidats. Les cours se tiendront en langue française, allemande ou luxembourgeoise et auront lieu au Centre de formation à Remich, auprès de l'OGB•L à Esch-sur-Alzette, ou auprès de l' OGB•L à Luxembourg-Ville.

L' OGB•L prendra en charge les frais de formation, d'infrastructure ainsi que les frais de restauration pendant la journée de formation. Aucune dispense de travail ni frais de route ne seront remboursés.

Pour toute inscription, prière de contacter ton secrétaire tarifaire de ton syndicat.

SYNDICAT	SECRETAIRE TARIFAIRE	DATES DES FORMATIONS EN 2003
Syndicat Alimentation et Hôtellerie	Romain Daubenfeld - ☎ 54 05 45-273	24-25.04 / 15.05 / 23.05 12.09 / 8.10 / 17.10 / 3.11
Syndicat Aviation civile (ACAL)	Hubert Hollerich - ☎ 26 02 14-22	12.04 / 11.10
Syndicat Banques, Assurances, Fiduciaires	Véronique Eischen - ☎ 49 60 05-423	5.06 / 27.06 / 4.07 / 19.09 / 10.10
Syndicat Bâtiment, Artisanat du bâtiment et constructions métalliques	Alex Teotonio - ☎ 54 05 45-247	6.06 / 15.06 / 4.07 / 13.07 / 5.09 14.09 / 28.09 / 5.10 / 10.10 / 26.10
Syndicat bois, caoutchouc, céramique, chimie, ciment, papier, plastique, textile et verre	Nico Clement - ☎ 49 60 05-225 Jean-Claude Bernardini - ☎ 49 60 05-224	19.05 / 30.05 / 5.06 / 20.06 / 26.06 27.06 / 3.07 / 7.07 / 25.09 / 26.09
Syndicat commerce	André Sowa - ☎ 54 05 45-257	19.05 / 16.06 / 30.06 / 8.09 / 9.09 22.09 / 6.10 / 13.10 / 20.10
Syndicat éducation et sciences, enseignement, socio-éducatif	Danièle Nieves - ☎ 54 05 45-266	19.06 / 26.06 / 11.09 / 25.09 10.10 / 17.10
Syndicat imprimeries, médias et activités artistiques Syndicat services et énergie	Joël Jung - ☎ 49 60 05-215	17.09 / 23.09 / 2.10 / 7.10 / 16.10
Syndicat santé et social	André Roeltgen - ☎ 54 05 45-230 Pit Schreiner - ☎ 54 05 45-250	2.06 / 6.06 / 17.06 / 18.06 / 25.06 27.06 / 11.09 / 16.09 / 18.09 / 22.09 24.09 / 26.09 / 29.09 / 1.10 / 3.10
Syndicat services et énergie Syndicat services privés d'hygiène et d'environnement Syndicat services privés de nettoyage	Léon Jenal - ☎ 49 60 05-213	23.05 / 16.06 / 12.09 18.09 / 20.09 / 25.09 27.09 / 29.09 / 30.09 2.10 / 7.10 / 16.10
Syndicat services publics	Tom Jungen - ☎ 54 05 45 -248	2.06 / 20.06 / 1.07 / 19.09 / 20.09 / 4.10
Syndicat sidérurgie et mines	Alain Kinn - ☎ 54 05 45-244	28.02 / 12.03 / 28.03 / 25.04 / 9.05 6.06 / 19.06 / 30.06 / 2.07
Syndicat transformation sur métaux et garages	Gérard Schaefer - ☎ 54 05 45-264 Marco Casagrande - ☎ 54 05 45-259	21.03 / 24.04 / 25.04 / 16.05 / 22.05 3.06 / 4.06 / 11.06 / 12.06 / 7.07 5.09 / 8.09 / 10.09 / 26.09 / 29.09 8.10 / 9.10 / 13.10 / 14.10
Syndicat transport (ACAL)	Hubert Hollerich - ☎ 26 02 14-22	28.06 / 29.06 / 27.09 / 28.09

L'IFES OGB•L invite

les candidats aux élections 2003 des délégations des caisses de maladie

à participer à la formation spécifique

“Le système de la sécurité sociale au Luxembourg”

Cette formation se tiendra à la Maison du peuple à Esch-sur-Alzette les

4 juillet 2003 CMEFP, CMEFC (en langue luxembourgeoise), **9 juillet 2003** CMO, CMOA (en langue luxembourgeoise)

15 juillet 2003 CMEP, CMEA (en langue luxembourgeoise), **16 juillet 2003** CMO, CMOA, CMEP, CMEA (en langue française)

Orateur : René Pizzaferrri

Le programme de cette formation est disponible au secrétariat de l'IFES

Pour toute inscription ou renseignement supplémentaire veuillez contacter Mlle Manon Scholtes, secrétariat de l'IFES, ☎ 26 66 13-1



**DEPARTEMENT DES IMMIGRES
ASSEMBLEES GENERALES
2003**

REGION DIFFERDANGE-RODANGE
vendredi, 7 février, 20h00
Maison syndicale de Differdange
Orateur: Jean-Claude REDING

REGION DUDELANGE
vendredi, 14 février, 20h00
Maison syndicale de Dudelange
Orateur: René PIZZAFERRI

REGION CENTRE
samedi, 15 février, 20h00
Casino syndical de Bonnevoie
Orateur: Jean-Claude REDING

REGION NORD
vendredi, 21 février, 20h00
Ancienne Ecole Hôtelière de Diekirch
Orateur: Armand DREWS

REGION MOSELLE-SURE
samedi, 22 février, 20h00
Centre Culturel de AHN
Orateur: Alex TEOTONIO

REGION ESCH-RUMELANGE
vendredi, 28 février, 20h00
Maison du Peuple à ESCH/ALZETTE
Orateur: Alex TEOTONIO

ENSEMBLE, NOUS ASSURONS L'AVENIR

**THEATER - OWEND
de 29. November 2002
am Porheem zu Gasperech
GEWËNNLËSCHT VUN
DEN ENTREESBILLJEËN**

OGB♦L/ACAL SEKTIOUN LËTZEBUERG

1 Präiss	En Handy Siemens C 45	Nr: 451
2 Präiss	1 réi Ham	Nr: 712
3 Präiss	1 Judd	Nr.074
4 - 10 Präiss	1 Zoossiss	Nr: 028-115-217-279-288-424-515
11 -15 Präiss	1 Fläsch P. Fabaire	Nr.571- 668- 828- 868- 928

Gewënner kënnen sech
um Tel: 23 62 12 68 oder 091 - 14 36 26 mellen

IFES



Le Patronato INCA-CGIL
et le département
des immigrés de l'OGB♦L

vous propose un séminaire

**« L'invalidité professionnelle
et les rentes accidents
Analyse des systèmes luxembourgeois
et italien »**

qui se déroulera

le jeudi 6 février 2003 de 9h00 à 17h00
au Centre de formation de la Chambre de travail
12, rue du Château à Remich

*Les orateurs seront Eduardo Dias et René Pizzaferrri de
l'OGB♦L, Antonio Bruzzese et William Zanoni du Bureau de
Présidence de l'INCA-CGIL*

Pour tout renseignement complémentaire
veuillez contacter

Graziano Pianaro, au 54 06 78 ou 021/ 177 358
ou par e-mail pianaro@pt.lu

Eng Iddi mécht hire Wee.



FLAMMA

67, rue de Hollerich
B.P. 73
L-2010 Luxembourg
Tél. 48 71 33
Fax: 48 92 41
www.flamma-asbl.lu

Gesellschaft
ohne Gewinnzweck,
basierend auf dem
Prinzip der Mutualität

FLAMMA
SOCIÉTÉ POUR LA PROPRÉTATION DE
L'INSÉRÉTIION A.S.B.L. FONDÉE EN 1904

- Bereits nach sechsmonatiger Mitgliedschaft bleiben der Familie des Verstorbenen alle Bestattungskosten und Beerdigungskosten erspart.
- Die Einzelsicherung erlaubt sowohl eine zivile als auch eine religiöse Beisetzung
- Sie zahlen lediglich eine einmalige, nach Ihrem Alter gestaffelte Beitrittsgebühr und einen Jahresbeitrag von €20,-

Bitte senden Sie mir unverbindliche Unterlagen über eine Mitgliedschaft bei der FLAMMA zu:

Name Vorname

Strasse

PLZ Ortschaft

Geburtsdatum:

Bitte einsenden an: **FLAMMA, B.P. 73, L-2010 Luxembourg**





 **FESTIVAL**
KREUZFAHRTEN

Les joyaux de la Méditerranée

EUROPEAN STARS ****

*Barcelone - Marseille - Gènes - Naples
Messine (Sicile) - La Goulette (Tunisie)-
Palma (Majorque) - Barcelone*

EUROPEAN VISION ****

*Venise - Dubrovnik -
Corfou - Santorin - Rhodes -
Athènes/Le Pirée - Venise*

Croisières de 8 jours de Mai à Novembre 2003

à partir de ~~1.370~~ **1.170 *€** /personne
(cabine double intérieur)

* Réservations anticipées jusqu'au 31 mars 2003

Le prix comprend:

Parking gratuit aéroport Findel, Vols LUXAIR au départ de Luxembourg; Transferts; pension complète à bord des bateaux; les taxes; assurance de voyage.

Demandez la brochure LUXAIR TOURS ETE 2003

Voyages ATOL



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: dudelage@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

TEL LE CANADA	▼	RUGUEUX	▼	VILLE D'EAUX	▼	VIFS	▼	BAIE NIPPONE
OPINION GÉNÉRALE		INSTRUMENTS DE MUSIQUE		NIAIS		VILLE DU FRIOUL		
	▶		▼				▼	
GRANDES QUANTITÉS	▶			4				
BROYÉE								
	▶				COURROUX	▶		
					GÉNÉRAL FRANÇAIS			
POSSESSIF	▶		3	DÉTIENMENT	▶▼		9	RON-DOUILLARDES
AVANT HOUURRA				ACARIEN DU FROMAGE				
	▶			TIRER DE RIEN	▶▼			▼
				ARTÈRE				
VILLE DE MACÉDOINE	▶		▼			1	PERSONNEL	▶
AMPHIBIENS								2
	▶		7				NACRÉ	
SOLUTION	TUBE	▶				5	AVANT NOUS	▶▼
	ERREUR						BUFFLE SAUVAGE	8
	▼			AUTEUR ANONYME	▶		▼	
				SAISON				
AUDACIEUX	▶		▼		BRAME	▶		
IMPAYÉ					DUPÉ			
	▶		DOUBLE RÉGLE	▶		▼	RÂPÉ	▶
POULPES	▶		10			6		

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 réveil électrique
- 2^e prix : 1 radio
- 3^e prix : 1 calculatrice

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 15 février 2003 à :

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P.149
L-4002 Esch/Alzette

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

IV/80 © HACHEL INT

C	E	U	S						
S	Y	M	P	O	S	I	U	M	
M	O	U	T	A	R	D	E		
S	B	I	R	E		O	I	L	
A	R	E		A	N	S	E		
F	L	A		P	R	I	T		
I	G	N	O	R	E	E	S		
I	S	E	O		O	S		A	
T		V	I	S		A	G		
R	E	S	I	D	E	N	C	E	
		I	C	I		A	I	S	
P	A	R	E	O	S		E	S	
R	E	S	T	A	U	R	E		

10

ERREURS
FEHLER
DIFFERENCES
DIFERENCIAS

Découvrez les 10 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 10 differences between the two drawings

Encuentra las 10 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 10 Punkten. Welche ?



11-12/2002 - Solution : ACCESSOIRE

Sondag Lucien, Turpange (B), 1^{er} prix
 Barreaux Charles, Villerupt (F), 2^{ème} prix
 Fouard Noël, Dudelange (L), 3^{ème} prix



KREUZWORTRÄTSEL

dt. Handelsbund im MA.	Maß der Stromstärke	US-Tänzer † (Fred)	▽	▽	ein Längenmaß	neblig, diesig	israelitischer König	unvollständige Statue	▽	▽	eine Zitatensammlung	Beiname New Yorks (Big ...)	Rauschgift	▽
▷	▽				Abbau	▷	▽					▽		
			3											
„Aus“ beim Schach	▷				polit. Fanatiker	▷					ganz allein		französisch: er	
								8						
gegerenes Milchprodukt		Vulkan auf Sizilien	▷					Gewährleistung			erzählende Dichtkunst	▷	▽	
▷														
			2		franz. Departement-hptst.		Großaffe	▷						
vorbereitet, gebucht		Bezirk		zirka	▷					französischer unbest. Artikel	▷		Maschine	
▷		▽												
											junger Zweig		ugs.: US-Soldat	▷
südamer. Drogenpflanze	Wortteil: natürlich, naturbelassen		schlimm	▷			Lasttier			konferieren	▷			7
▷	▽													
			4		Nestorpapagei		außerordentlich	▷				nach Art von (franz.)		englisch: sitzen
„und“-Zeichen (&)	▷				besondere Fertigkeit	▷								
										Kfz-Z. Neuss		Tierkadaver	▷	5
Gesetzbuch	▷						egal, gleichmaßen	▷			▽			
„Killerwal“	▷													
					1		Glückssymbol	▷						

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

Die Buchstaben der Felder 1 bis 8 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

- | | |
|----------|-----------------------|
| 1. Preis | 1 elektrischer Wecker |
| 2. Preis | 1 Radio |
| 3. Preis | 1 Rechenmaschine |

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 15. Februar 2003 an:

OGB♦L-Pressabteilung
Postfach 149
L-4002 Esch/Alzette

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

8
 ERREURS
 FEHLER
 DIFFERENCES
 DIFERENCIAS

SOLUTION
 AUFLÖSUNG
 ANSWER
 SOLUCIÓN



F	D	A	S	N	G							
O	B	E	L	I	S	K	N	O	M	A	D	
A	R	U	B	A	P	A	R	A	T	B	D	
T	A	L	B	I	T	S	S	T	A	U		
T	U	N	K	E	R	G	E	W	U	E	H	L
N	E	T	A	K	E	A	M	I	D			
A	B	L	E	H	N	U	N	G	A	M	S	I
A	S	E	T	E	S	E	L	I	G			
E	M	I	R	K	A	R	G	O	N	R		
O	S	K	E	R	B	E	N	F	E	H		
E	S	T	I	N	B	L	O	N	D	I	N	E
N	E	S	S	T	A	L	K	E	S	S	E	L

EISBLUME

11-12/2002 Lösung Kreuzworträtsel: EISBLUME

- | | |
|----------------------------------|----------|
| Nitschké Pierre, Steinsel | 1. Preis |
| Majerus Marie-Thérèse, Medernach | 2. Preis |
| Mores Paul, Bascharage | 3. Preis |



SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff Jeblick Viviane		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Moinet Yvon		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-0

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français:	* Centre Socioculturel (M.J.C.) (1 ^{er} étage) 31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+ Fax: (0033) 3 82 50 32 53 email : ogbl@wanadoo.fr Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs * 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines Tél.: (0033) 3 82 50 61 51 Lundi et jeudi : 15.30 - 17.00 hrs * 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville (bureau de l'union locale CGT) Tél.: (0033) 3 82 54 27 90 Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs
Frontaliers belges:	* 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon Tél.: (0032) 63 23 00 50 Fax: (0032) 63 22 64 32 Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV * FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne Tél.: (0032) 61 21 19 87 Samedi: 09.00 - 12.00 hrs
Deutsche Grenzgänger:	* Burgweg 10 - D-54646 Bettingen Wolfgang Schnarrbach Tél.: (0049) 6527 - 12 79 Fax: (0049) 6527 - 93 38 61 E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des conseillers EURES
Sprechstunden der EURES-Berater



- de l'EURES PED:
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülelingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Terça-Feira 14h30 - 18h00